

(A)

(C)

147. Sitzung

Berlin, Freitag, den 2. Dezember 2011

Beginn: 9.01 Uhr

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Die Sitzung ist eröffnet. Nehmen Sie bitte Platz.

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie herzlich und darf Ihnen zu Beginn unserer Sitzung gleich die erfreuliche Mitteilung machen, dass der Zusatzpunkt 8, die von der Fraktion Die Linke ursprünglich verlangte Aktuelle Stunde zu deutschen Rüstungsexporten, von der Tagesordnung abgesetzt wird. Können Sie damit leben?

(Jörg van Essen [FDP]: Schwer, Herr Präsident!)

(B) – Schwer, aber ich stelle dazu Einvernehmen fest. Dann ist das so beschlossen.

Dann kommen wir gleich zu dem vereinbarten Zusatzpunkt 7:

Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin

zum Europäischen Rat am 9. Dezember 2011 in Brüssel

Hierzu liegen zwei Entschließungsanträge der Fraktion Die Linke vor.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache im Anschluss an die Regierungserklärung 90 Minuten vorgesehen. – Auch dazu höre ich keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Das Wort zur Abgabe einer Regierungserklärung hat die Bundeskanzlerin, Frau Dr. Angela Merkel.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit Beginn der Krise im Euro-Raum tritt die Bundesregierung dafür ein, die akute Krise zu bewältigen und gleichzeitig die notwendigen Lehren für die Zukunft zu ziehen. Dabei geht es um nicht mehr und nicht weniger als um eine Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion. Genau dies, die nachhaltige Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion, wird das zentrale Thema des Europäischen Rates in der kommenden Woche sein.

Dazu wird Herman Van Rompuy als Präsident des Europäischen Rates Vorschläge vorlegen. Natürlich können wir heute diese Vorschläge nicht debattieren. Wir können ihm nicht vorgreifen. Das wird auch jeder verstehen. Aber ich glaube, wir können trotzdem sehr klar sagen: Was werden die Leitlinien, was werden die Ziele sein, die wir in der nächsten Woche verfolgen? Die Leitlinien und die Ziele, mit denen die Bundesregierung und auch ich persönlich in den Rat gehen, können wir heute Morgen ausführlich und konkret beraten.

Die Bundesregierung hat stets deutlich gemacht, dass die europäische Schuldenkrise nicht mit einem einzigen Befreiungsschlag über Nacht zu lösen ist. Es gibt diesen einen Befreiungsschlag, den einen Paukenschlag nicht. Es gibt keine einfachen und schnellen Lösungen, schon gar nicht, wie manche vor jedem Gipfel sagen, den angeblich letzten Schuss. Weder ist das meine Sprache noch mein Denken.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die Bewältigung der Staatsschuldenkrise ist ein Prozess. Dieser Prozess wird Jahre dauern.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der Weg ist das Ziel!)

Wie ist die Lage heute, eine Woche vor dem nächsten Rat der europäischen Staats- und Regierungschefs? Einerseits haben wir es mit der schwersten Krise seit Einführung des Euros, wenn nicht sogar in der Geschichte der europäischen Einigung zu tun. Wir können das in den täglichen Nachrichten verfolgen. Andererseits ist es nicht übertrieben, festzustellen, dass wir bereits außerordentlich viel geschafft haben. Der Blick dafür scheint in diesen Tagen angesichts der täglichen Meldungen etwas verstellt, aber ich bin zutiefst davon überzeugt.

Erstens. Es herrscht in ganz Europa Einigkeit über die Ursachen der Krise. Das war bei weitem nicht immer so. Heute gibt es darüber überhaupt keine Diskussionen mehr.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Na ja!)

(D)

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) Zweitens. Es herrscht in ganz Europa Einigkeit, dass genau diese Ursachen bekämpft werden müssen, um die Krise zu überwinden und nicht von einer Krise in die nächste zu kommen, die dann noch schlimmer wäre als die davor. An dieser Stelle ist es mir wichtig, dass wir uns einmal vor Augen führen, was schon alles passiert ist. Das bedeutet natürlich auch, dass wir uns vor Augen führen, welche Aufgaben die Menschen in Spanien, in Portugal und vor allem in Griechenland zu lösen haben. Ich füge allerdings hinzu – das wird noch weniger beachtet –: auch diejenigen, die zum Teil nicht zum Euro-Raum gehören, die baltischen Staaten, Bulgarien und Rumänien, wenn man bedenkt, welche Opfer dort von den Menschen verlangt werden.

Ich glaube, wir machen uns oft keine Vorstellung davon – das können wir vielleicht auch gar nicht –, welchen Beitrag die Menschen in den Ländern, die ich genannt habe, dazu leisten, dass der Euro eine dauerhafte und stabile Währung wird. Deshalb möchte ich heute noch einmal meine absolute Hochachtung vor diesen Bemühungen ausdrücken. Denn das ist ein Beitrag zu einem zukunftsfähigen Europa, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

- (B) Drittens. Auf dem Weg, die Ursachen der Krise zu bekämpfen und sie damit auch überwinden zu können, sind wir in Europa bereits extrem weit vorangekommen. Wer vor einigen Monaten gesagt hätte, dass wir Ende des Jahres 2011 sehr ernsthafte und sehr konkrete Schritte auf dem Weg zu einer europäischen Stabilitätsunion, einer europäischen Fiskalunion und Durchgriffsrechten in Europa einleiten, der wäre damals noch für verrückt gehalten worden. Jetzt steht genau dies auf der Tagesordnung.

Wir stehen kurz davor. Es gibt noch Schwierigkeiten zu überwinden, keine Frage. Aber die Notwendigkeit ist weitgehend anerkannt.

Wir reden nicht mehr nur über eine Fiskalunion, sondern wir fangen an, sie zu schaffen. Ich glaube, das ist nicht hoch genug einzuschätzen. Marathonläufer erzählen oft, dass ein Marathonlauf ungefähr ab Kilometer 35 besonders anstrengend und schwer werde. Aber sie sagen auch, dass die ganze Strecke geschafft werden kann, wenn man sich von Beginn an der Größe der Aufgabe voll bewusst ist und die ganze Aufgabe entsprechend angeht.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Nicht der, der am schnellsten beginnt, ist zwangsläufig der Erfolgreichste, sondern der, der weiß, was insgesamt, also für die ganze Strecke, zu beachten ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Barbara Hendricks [SPD]: Aber wenn man am Anfang stehen bleibt, kann man es auch nicht schaffen! Man muss mindestens starten!)

Wir haben bereits so viel geschafft, wie wir uns das noch vor einigen Monaten nicht haben vorstellen können. Um jetzt noch weiter voranzukommen, müssen wir uns dem Kern der Krise stellen: der Einsicht, dass wir es

- im Euro-Raum zwar mit einer Staatsschuldenkrise zu tun haben, vor allem aber auch mit einer Vertrauenskrise. (C)

Es gibt zwei Institutionen, in die das Vertrauen in dieser ganzen Zeit weitestgehend unangetastet geblieben ist, deren Glaubwürdigkeit unverändert hoch ist. Das sind zum einen die Gerichte – in Deutschland das Bundesverfassungsgericht, in Europa der Europäische Gerichtshof – und zum anderen die Notenbanken, die nationalen Notenbanken sowie die Europäische Zentralbank.

Es ist höchstes Gut unserer Demokratie, die Glaubwürdigkeit und die Vertrauenswürdigkeit dieser beiden Institutionen, der Gerichte wie der Notenbanken, zu schützen und zu wahren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das geht, indem man ihr Wesen, also ihre Unabhängigkeit, achtet, und zwar in jede Richtung.

(Lachen des Abg. Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deshalb werde ich auch in Zukunft nichts von dem kommentieren, was nationale wie auch europäische Gerichte und nationale Notenbanken wie auch die Europäische Zentralbank tun oder lassen. Allerdings ist es natürlich wichtig, noch einmal darauf hinzuweisen: Die Aufgabe der Europäischen Zentralbank ist eine andere als die der Fed in den Vereinigten Staaten von Amerika und beispielsweise der Bank of England.

(Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Aha, doch! – Gegenruf des Abg. Volker Kauder [CDU/CSU]: Ist das für Sie neu?) (D)

– Da brauchen Sie gar nicht „aha“ zu sagen. Das ist in den Verträgen festgeschrieben. Die Aufgabe heißt, die Geldwertstabilität zu sichern. Genau das tut die Europäische Zentralbank; davon bin ich zutiefst überzeugt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Den Gerichten und der Zentralbank steht ein Bereich gegenüber, bei dem in dieser Krise offenkundig geworden ist, dass er leider nahezu jedes Vertrauen verspielt, verwirkt und fast zerstört hat, und zwar über Jahre hinweg. Das ist – das müssen wir so schonungslos sagen – die Politik.

Das begann erstens mit der Gründung der Wirtschafts- und Währungsunion selbst, als Konstruktionsfehler zugelassen wurden, die die Euro-Gruppe erst schleichend und dann immer offenkundiger eingeholt haben und jetzt mit voller Wucht einholen. Das geschah gewiss nicht mit böser Absicht, aber es ist eine Tatsache, die nicht zu leugnen ist.

Zweitens hat die Politik über die Jahre Vertrauen verspielt, weil sie schon seit Gründung der Wirtschafts- und Währungsunion die Prinzipien, die im Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgesehen waren, nicht oder nicht vollständig angewandt oder gar aufgeweicht hat. Dass wir alle in Europa uns jetzt entschlossen haben, endlich damit aufzuhören, das ist die wichtige, ermutigende Zwischenbilanz, die wir heute ziehen können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

(A) Denn, meine Damen und Herren, wir streiten und ringen in Europa um Einzelheiten, aber nicht mehr um das Ganze, nicht mehr darum, dass die Politik zur dauerhaften Überwindung der Schuldenkrise das wiederherstellen muss, was sie selbst infrage gestellt hat: ihre Glaubwürdigkeit und ihre Vertrauenswürdigkeit. Sie muss das tun, indem sie zum einen endlich Wege findet, bereits beschlossene Maßnahmen einzuhalten und umzusetzen, und indem sie zum anderen über Veränderungen der Grundlagen der Zusammenarbeit, zum Beispiel Vertragsänderungen, bereit ist, in Europa eine Fiskalunion mit starken Durchgriffsrechten zu schaffen, zumindest im Euro-Raum.

Die Einhaltung bereits beschlossener Maßnahmen gilt aktuell für die Gipfelbeschlüsse vom 26. Oktober 2011. Ziel des Ende Oktober 2011 im Deutschen Bundestag mit großer Mehrheit geschnürten Pakets ist es, eine tragfähige Lösung für Griechenland zu schaffen und zu verhindern, dass die Krise auf andere Euro-Staaten übergreift. Die Finanzminister konnten dabei Anfang der Woche wichtige Fortschritte erzielen. Die neue Regierung in Griechenland hat sich parteiübergreifend dazu verpflichtet, das vereinbarte Reformprogramm umzusetzen. Damit war der Weg für die Auszahlung der sechsten Tranche frei geworden.

Jetzt geht es darum, möglichst bis Ende des Jahres das neue Programm auch wirklich zu verhandeln. Das schließt die Beteiligung des Privatsektors mit ein. Ich will daran erinnern, dass wir in der Sitzungswoche vor den Sommerferien zum ersten Mal im Grundsatz darüber abgestimmt haben, dass wir ein neues Griechenland-Programm brauchen. Jetzt nähern wir uns der letzten Sitzungswoche vor Weihnachten, und ich finde, es ist nicht zu viel verlangt, dass jetzt endlich alle Akteure versuchen, dieses neue Programm zu verhandeln.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Auch Italien packt die großen Herausforderungen an und stellt sich damit als drittgrößte Wirtschaftsnation Europas seiner Verantwortung für seine eigene gute Zukunft genauso wie für die Zukunft der Euro-Zone insgesamt.

Auf dem Europäischen Rat am 26. Oktober 2011 haben wir außerdem beschlossen, dass systemrelevante Banken mehr Eigenkapitalpuffer vorhalten müssen. Das ist notwendig, um das Vertrauen in die Stabilität des europäischen Bankensektors zu stärken. Auch hier hoffe ich, dass die europäische Bankenaufsicht die Entscheidung jetzt schnell verkündet, damit auch in diesem Bereich Sicherheit entsteht.

Vorgestern haben die EU-Finanzminister darüber hinaus Grundsätze einer koordinierten Vergabe von Liquiditätsgarantien für Banken beschlossen; denn nur wenn die Refinanzierung von Banken sichergestellt ist, kann der Bankensektor die Wirtschaft auch ausreichend mit Krediten versorgen.

Die Verabschiedung der Leitlinien für die EFSF einschließlich ihrer Schlagkraft ermöglicht es uns, die Wirksamkeit des Euro-Rettungsschirms deutlich zu erhöhen. Auch hier sage ich: Ich rate uns nicht, die EFSF

schlechtzureden, sondern wir sollten mit realistischem Blick mit der EFSF das machen, was möglich ist, und dazu haben wir hier in diesem Hause ausführlich beraten. (C)

Weil die gegenwärtige Krise im Euro-Raum vor allem eine Vertrauenskrise ist, müssen wir neben der Bekämpfung der Ursachen dieser Krise – zu hohe Staatsverschuldung, mangelnde Wettbewerbsfähigkeit einiger Euro-Staaten – die grundlegenden Mängel in der Konstruktion der Wirtschafts- und Währungsunion beseitigen. Wenn wir das machen, dann zeigen wir im Übrigen, dass wir nicht nur die Mühen der Krise sehen, sondern diese Krise vor allem als eine Wende zum Guten, als eine Chance zur Umkehr begreifen und dass wir tatsächlich aus ihr lernen. Das sind ja ganz einfache Lehren: Regeln müssen eingehalten werden; ihre Einhaltung muss kontrolliert werden; ihre Nichteinhaltung muss Konsequenzen haben. Nationale Eigenverantwortung und europäische Solidarität bedingen einander.

Meine Damen und Herren, um dies alles vorzubereiten, findet in diesen Tagen eine Vielzahl von Gesprächen statt. Heute Mittag ist der österreichische Bundeskanzler bei mir. Mit nahezu allen Kollegen werde ich telefonieren, natürlich genauso mit dem Präsidenten des Rates und dem Präsidenten der Kommission. Der französische Präsident hat gestern eine wichtige Rede gehalten. Wir werden uns Montag abstimmen, mit welcher Haltung wir zum Rat fahren.

Wir haben vieles erreicht. Wir haben das Defizitverfahren verbessert, soweit dies im Rahmen der geltenden Verträge möglich war. Sie erinnern sich an das sogenannte Sixpack, das wir hier beschlossen haben. Aber wir müssen, um wirklich Vertrauen zu bekommen, darüber hinausgehen. Dort, wo wir heute Referenzwerte haben, brauchen wir künftig rechtsverbindliche Grenzwerte. Politischen Spielraum, wenn es darum geht, festzustellen, ob diese Grenzwerte verletzt worden sind oder nicht, darf es nicht mehr geben. Es muss wirkliche Automatismen geben. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Nur so kann Vertrauen, das sechzigmal verletzt wurde, wiedergewonnen werden.

Euro-Staaten sollen bei der Überwindung ihrer Schwierigkeiten künftig enger begleitet und wirkungsvoller unterstützt werden. Gleichzeitig brauchen wir effektive Antworten auf fortgesetzte Regelverstöße, damit wir im Interesse aller eine verantwortungsvolle Haushaltsführung durchsetzen können. Dabei müssen die europäischen Institutionen, vor allem die Europäische Kommission und der Europäische Gerichtshof, eine wichtige Rolle spielen. Das geht, ohne dass der Deutsche Bundestag seine Haushaltshoheit verliert. Denn es geht darum, Regeln, die wir uns selbst gegeben haben, einzuhalten. Die automatischen Sanktionen bzw. die automatischen Durchgriffsrechte wirken nur dann, wenn genau diese Regeln verletzt werden. Was innerhalb des gemeinsam vereinbarten europäischen Rahmens geschieht, wird natürlich auch weiterhin jedem Mitgliedstaat selbst vorbehalten sein.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) Glaubwürdige Durchgriffsrechte sind von einer gemeinsamen europäischen Kontrolle über nationale Einnahmen und Ausgaben zu unterscheiden; ich will das hier ausdrücklich sagen. Solange das so ist, ist im Übrigen auch eine gemeinsame Haftung für die Schulden anderer nicht denkbar.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Genau deshalb erledigt sich jetzt auch eine Diskussion über sogenannte Euro-Bonds. Denn wer immer noch nicht verstanden hat, dass Euro-Bonds jetzt nicht als Rettungsmaßnahme gegen die Krise eingesetzt werden können,

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Also später!)

der hat genau das Wesen dieser Krise nicht verstanden.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haben Sie das schon der CSU erklärt?)

– Herr Trittin, vielleicht darf ich es wiederholen: Wir haben nicht die Absicht, und wir sind davon auch entfernt.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben „nicht die Absicht“! Diese Formulierung kenne ich!)

Es ist auch nach unserem Grundgesetz gar nicht möglich, die Einnahmen und die Ausgaben eines Haushaltes über eine europäische Institution kontrollieren und bestimmen zu lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

(B)

Solange genau dies nicht der Fall ist, haben wir die Situation, dass eine gemeinsame Haftung dem nicht entsprechen würde. Deshalb erübrigt sich die Diskussion über Euro-Bonds.

Stellen wir uns einmal vor, dass es so etwas gäbe, dass wir Euro-Bonds gar nicht mehr einzuführen brauchen, weil sie von allein entstehen. Das ist ja gerade das Interessante daran.

(Lachen des Abg. Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deshalb ist die Diskussion jetzt kein Beitrag zur Überwindung der Krise.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Lachen bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

– Für die Grünen scheint das unglaublich lustig zu sein. Für mich ist es absolut logisch. Aber das ist eben der Unterschied.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Es geht also darum – das ist ein großer Schritt im Rahmen der Konstruktion der Wirtschafts- und Währungsunion –, die Autorität der Institutionen so zu stärken, dass sie die vereinbarten europäischen Grenzwerte, konkret die Obergrenze von 3 Prozent und den Abbaupfad bei einem Schuldenstand von über 60 Prozent, tat-

sächlich durchsetzen können, und zwar ohne Wenn und Aber. Neben der Forderung nach wirksamen Durchgriffsrechten tritt die Bundesregierung dazu auch für ein Klagerecht beim Europäischen Gerichtshof ein. Dies ist umso wichtiger, als die Gerichte – ich sagte es zu Beginn – neben den Notenbanken die Institutionen sind, deren Glaubwürdigkeit und Vertrauenswürdigkeit wegen ihrer Unabhängigkeit von politischer Einflussnahme zu jeder Zeit über jeden Zweifel erhaben waren und sind.

Zentrales Element der neuen Stabilitätsunion, der Fiskalunion, soll also eine neue europäische Schuldenbremse – so kann man es nennen – für die Mitglieder der Euro-Zone werden. Weitere Elemente müssen hinzukommen: Wir müssen stärkere und besser verzahnte Strukturen in der Euro-Zone schaffen. Fehlentwicklungen müssen frühzeitig erkannt und korrigiert werden, damit Krisen gar nicht entstehen. Mit dem dauerhaften Krisenbewältigungsmechanismus ESM müssen wir ein schlagkräftiges Instrument schaffen, das in Notsituationen hilft, Gefährdungen der Stabilität der Euro-Zone insgesamt abzuwenden. Außerdem müssen wir durch weitere Strukturreformen insbesondere auch im Arbeitsrecht der einzelnen Mitgliedstaaten gemeinsame Maßnahmen einleiten, damit wir wieder zu mehr Wachstum kommen. Denn natürlich werden die Menschen den Erfolg unserer Bemühungen auch daran messen, ob die Arbeitslosigkeit zurückgeht. Die Jugendarbeitslosigkeit in Europa ist eines der drängendsten Themen. Deshalb ist Wachstum auch zum Zwecke der Schaffung von Beschäftigung eines der wichtigen Ziele, allerdings nicht auf Pump, sondern durch die notwendigen Strukturreformen und vernünftige Investitionen in die Zukunft.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, mit einem Wort: Wir müssen die Fundamente der Wirtschafts- und Währungsunion nachhaltig stärken, wir müssen die Konstruktionsfehler, die sich bei der Gründung der Wirtschafts- und Währungsunion eingeschlichen haben, überwinden und die Wirtschafts- und Währungsunion vollenden. Das Ziel ist eine Fiskalunion. Zu ihr gehört beides: eine mit Durchgriffsrechten durchsetzbare Haushaltsdisziplin ihrer Mitglieder und ein wirksames Instrumentarium für Krisenfälle. Deshalb führt kein Weg daran vorbei, die europäischen Verträge zu ändern oder – das wäre die zweitbeste Lösung – neue Verträge innerhalb der Euro-Gruppe zu schaffen. Aber wir gehen – ich will das ausdrücklich sagen – mit dem Ziel nach Brüssel, Vertragsänderungen durchzusetzen, und zwar in dem Geist, dass wir eine Spaltung zwischen Euro-Mitgliedstaaten und Nicht-Euro-Mitgliedstaaten vermeiden wollen. Das heißt, wir werden es jedem Nicht-Euro-Mitgliedstaat freistellen, sich den stärkeren Verbindlichkeiten der Euro-Zone anzuschließen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Denn eine Spaltung kann niemand wollen. Mehr noch: Auch die Euro-Gruppe muss offen bleiben für jeden, der mitmachen will. Danken wir zum Beispiel Polen, das immer wieder deutlich gemacht hat: Auch wenn wir den Euro noch nicht haben, wollen wir an dieser Stelle trotzdem mehr Verpflichtungen eingehen.

(C)

(D)

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

(A) (Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja!)

Polen ist zum Beispiel auch Mitglied des Euro-Plus-Pakts und hat in Gesprächen, die wir kürzlich geführt haben, wieder deutlich gemacht, dass es sich genau auf diesen Weg der Stabilitätsunion hinbewegen will.

Unsere Leitlinien für den Rat in der nächsten Woche sind also klar. Aber – das ist mir heute Morgen auch wichtig zu sagen – sie haben nichts mit manchen Ängsten, Sorgen oder Vorhaltungen zu tun, die man momentan lesen oder hören kann, dass Deutschland Europa dominieren oder Ähnliches wolle. Das ist abwegig. Wir treten – das ist allerdings richtig – für eine bestimmte Stabilitäts- und Wachstumskultur ein, aber wir tun dies im europäischen Geiste Konrad Adenauers und Helmut Kohls.

(Joachim Poß [SPD]: Ob Kohl das nicht anders gemacht hätte?)

Deutsche und europäische Einigung waren und sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Das werden wir nie vergessen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(B) Herr Präsident, meine Damen und Herren, in diesen Tagen, in denen der Euro fast täglich im Mittelpunkt der Debatte steht, geraten andere europäische Fragen leider allzu oft in den Hintergrund. Dies gilt zum Beispiel für die Erweiterungspolitik, die traditionell auf der Tagesordnung eines Dezemberrates steht, so auch nächste Woche. Die Bundesregierung steht zur EU-Perspektive aller Staaten des westlichen Balkans. Am Rande des Europäischen Rates werde ich für die Bundesrepublik Deutschland den Beitrittsvertrag mit Kroatien unterzeichnen. Zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Montenegro hat der Bundestag seine Stellungnahme abgegeben. Für uns von entscheidender Bedeutung sind hier weitere Fortschritte Montenegros bei der Festigung von Rechtsstaatlichkeit und der Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität. Wir werden sie einfordern, aber wir werden Montenegro auch dabei unterstützen, die Dinge, die zu verbessern sind, wirklich verbessern zu können.

Der Europäische Rat entscheidet über den Kandidatenstatus von Serbien. Gute nachbarschaftliche Beziehungen und regionale Zusammenarbeit sind über die Kopenhagener Kriterien Teil der EU-Erweiterungspolitik. Wir möchten langfristig nicht nur Serbien, sondern auch Kosovo an die EU heranführen und die EU voll funktionsfähig halten. Daher führt der Weg Serbiens in die EU nur über eine Normalisierung seiner Beziehung zum Kosovo.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

EU und Bundesregierung haben hierzu frühzeitig Erwartungen in Form von konkreten Schritten formuliert. Ich bedaure sehr, dass Serbien diesen Erwartungen bislang nicht ausreichend gerecht geworden ist und somit die Voraussetzungen für die Verleihung des Kandidatenstatus bislang nicht gegeben sind. Serbien muss sich darüber hinaus vorwerfen lassen, in den letzten Tagen zu

einer Atmosphäre beigetragen zu haben, in der deutsche KFOR-Soldaten im Norden des Kosovo mit Schusswaffen angegriffen und verletzt worden sind. Ich sage: Das ist nicht akzeptabel. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Unsere Soldaten leisten dort einen großartigen Dienst, und für diesen Dienst sind wir ihnen dankbar.

Europa befindet sich mitten in seiner wohl schwersten Bewährungsprobe. Als deutsche Bundeskanzlerin werde ich, genauso wie die ganze Bundesregierung, alles dafür tun, dass Europa stärker aus dieser Bewährungsprobe hervorgeht, als es in sie hineingegangen ist. Zu viel steht auf dem Spiel, gerade für Deutschland und die Deutschen. Trotz aller Turbulenzen, die wir in jüngster Zeit erlebt haben: Der Euro hat sich bewährt. Er ist stabil, er ist wertbeständiger, als es die D-Mark war, und als Exportnation profitiert Deutschland in besonderem Maße vom Euro. Aber der Euro ist eben auch weit mehr als nur eine Währung; denn mit der Wirtschafts- und Währungsunion haben wir eine neue Stufe der Integration in Europa erklommen. Der Euro steht für den Willen Europas, seine innere Entwicklung zu festigen und sich den Herausforderungen der heutigen Zeit und der Globalisierung gemeinsam zu stellen. Die Zukunft des Euro ist deshalb untrennbar mit der europäischen Einigung verbunden. Der vor uns liegende Weg ist noch lang, und er ist auch alles andere als einfach. Aber ich bin überzeugt: Es ist der richtige Weg. Es ist der richtige Weg, um unser gemeinsames Ziel zu erreichen: ein starkes Deutschland in einer starken Europäischen Union zum Wohle der Menschen in Deutschland und in Europa. (D)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Dr. Frank-Walter Steinmeier für die SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Frank-Walter Steinmeier (SPD):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Bundeskanzlerin, ich habe Ihnen sehr genau zugehört. Ich sage Ihnen bei allem Verständnis, das dieses Parlament in der bisher schwersten Krise in Europa der Regierung zugebilligt hat: Sie haben heute wieder über vieles geredet, auch über Montenegro, am Kern der Sache aber haben Sie vorbeigeredet. Das war bestenfalls die halbe Wahrheit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich weiß nicht, zum wievielten Mal, aber Sie haben heute wieder gesagt, dass nun eine „tragfähige Lösung“ für die akute Finanzkrise vorbereitet wird. Sie wissen es doch selbst: Noch nie in den letzten 18 Monaten hat das gestimmt; jedes Mal haben Sie den Menschen in

Dr. Frank-Walter Steinmeier

- (A) Deutschland Sicherheit vorgegaukelt, die am Ende keine war. Keiner, Frau Merkel, wirft Ihnen vor, dass es die Krise gibt; aber wie Sie mit ihr umgehen, das geht auf keine Kuhhaut.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Sie reden von „Stabilität“ – das ist auch notwendig –, aber die Bilanz der vergangenen Monate sieht doch völlig anders aus: Nichts ist stabiler geworden. Sie haben eben in Ihrer Regierungserklärung gesagt: „Wir sind weit gekommen“, das stimmt leider; die Krise Europas hat sich dramatisch zugespitzt. Immer mehr Menschen haben das Gefühl, dass das Endspiel für die Währung angebrochen ist. Nicht die Opposition, nicht wir, sondern die Finanzaufsicht in London und große deutsche Unternehmen bereiten sich ganz offensichtlich auf Alternativen vor. Sie, Frau Merkel, und diese Regierung sind nicht die Ursache; aber Wankelmütigkeit und Entscheidungslosigkeit haben dazu beigetragen. Ihre Taktiererei macht die Lage in Europa nicht stabil. Im Gegenteil: Diese schwarz-gelbe Koalition, die sich in nichts, aber auch rein gar nichts einig ist, gefährdet die Stabilität in Europa. Das ist die Wahrheit; darüber täuschen auch Fernsehbilder nicht hinweg.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Frau Bundeskanzlerin, wahr ist doch auch: Bisher haben Sie noch jede Bastion geräumt, die Sie vorher für uneinnehmbar erklärt haben. Die Halbwertszeit Ihrer roten Linien ist doch immer kürzer geworden. Zuletzt gab es hier in diesem Haus – wir erinnern uns gut – das Tabu gemeinsamer europäischer Anleihen; wir alle haben das noch gut im Ohr. Aber wen überrascht es denn eigentlich noch, dass ein paar Tage nach der Debatte im Parlament auf einmal der Testballon steigt, auf dem „Elite-Bonds“ steht! Der Testballon war in der Luft, und die Koalition war ganz offensichtlich überrascht. Den Kollegen Brüderle hat das zu ganz großer Kunstfertigkeit veranlasst:

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Er war am Montagmorgen für die Elite-Bonds; am Montagnachmittag war er gegen die Elite-Bonds. Das ist liberale Offenheit, wie wir sie kennen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der
LINKEN)

Aber das ist mir – ich sage es Ihnen ganz offen – immer noch lieber als das, was Ihr Generalsekretär in einer solchen wirklich ernstesten Situation in Europa sagt; ihm fiel nichts anderes ein, als zu sagen, er sei überhaupt gegen alle Bonds, auch gegen „James Bonds“.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

So kann man Politik lächerlich machen, meine Damen und Herren. Das verstehen die Menschen nicht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der
LINKEN)

Was ich Ihnen sagen will – ich glaube, Sie merken das selbst –: So wird das nicht weitergehen, nicht mit diesem Wankelmut und auch nicht mit einer Strategie „Jeder gegen jeden“ in Europa. Das wird nicht helfen; ich befürchte, das wird uns eher noch weiter in die Sackgasse führen.

(Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]: Wankelmeier!)

Wir sind jedenfalls tief überzeugt: Europa kann sich nur gemeinsam aus diesem Schlamassel wieder herauskämpfen, Griechen, Spanier, Franzosen, Luxemburger, Holländer, Deutsche, alle gemeinsam, viele andere dazu. Aber weil Sie das nicht akzeptieren, eskaliert die Krise.

Aus einer kleinen griechischen Schuldenkrise ist eine vollwertige europäische Seuche geworden.

Das sind nicht meine Worte, sondern die von Joe Nocera in der *New York Times*. Er fragt:

Verstehen die Deutschen nicht, dass ein Zusammenbruch der Eurozone, der vor einem Jahr undenkbar war und jetzt vielleicht unvermeidlich ist, die Deutschen mehr treffen wird als Griechenland?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der
LINKEN)

Meine Damen und Herren, wir Deutsche retten nicht die Griechen oder die Italiener; wir retten vor allem uns selbst, unsere Banken, unser Vermögen, unsere Exportwirtschaft und unsere Arbeitsplätze. Darum geht es in diesen Tagen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Das auszusprechen, verlangt nun wahrhaftig keinen Heldenmut; denn es ist die Wahrheit. Ich bin davon überzeugt: Das von Anfang an zu sagen, Frau Merkel, hätte auch Ihnen manches einfacher gemacht. Stattdessen haben Sie selbst noch die einsichtigsten, die freundlichsten und die wohlmeinendsten Nachbarn gegen uns aufgebracht durch penetrante und, wie ich finde, doppelzün- gige Schulmeisterei.

(Widerspruch bei Abgeordneten der FDP –
Otto Fricke [FDP]: Das ist für Sie Doppelzün-
gigkeit?)

– Sie waren doch selbst beteiligt.

Deutschland hat es doch früher gekonnt, europäische Meinungsbildung zu prägen. Sie haben eben auf Adenauer und Kohl hingewiesen. Ich sage: Auch Willy Brandt, Helmut Schmidt und Gerhard Schröder gehören dazu.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Das
ist die Wahrheit! Genau das! – Volker Kauder
[CDU/CSU]: Es war Gerhard Schröder, der
die Haushaltsdisziplin gerissen hat!)

Sie hatten miteinander gemein, dass sie ihre historische Aufgabe in Deutschland so verstanden, andere ohne tägliche öffentliche Belehrungen zu überzeugen und die kleineren Staaten mit auf den Weg zu nehmen.

Dr. Frank-Walter Steinmeier

(A) (Otto Fricke [FDP]: Gerade Schröder!)

Das ist die Aufgabe, die wir in der Vergangenheit in Europa erfüllt haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das ist Teil einer Regierungskunst – das muss ich leider sagen –, die der deutschen Regierung in diesen Tagen und Monaten offenbar verloren gegangen ist.

Herr Kauder, in Europa wird jetzt deutsch gesprochen. Ich weiß, dass Sie die Kritik an diesem Satz nicht besonders ernst nehmen. Aber ich sage Ihnen: Wer Lehrmeister sein will, wer andere zum Sparen auffordert, der muss wenigstens sein eigenes Haus in Ordnung halten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kauder – auch wenn Sie mir nicht zuhören –, Sie können nicht den Rest der Welt zum Sparen und zum Senken von Schulden auffordern und gleichzeitig im eigenen Land überflüssige Steuersenkungen

(Jan Mücke [FDP]: NRW! – Ingrid Fischbach [CDU/CSU]: NRW!)

und sozial schädliches Betreuungsgeld auf den Weg bringen

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(B) und am Ende hierzulande die Neuverschuldung erhöhen, während die anderen sie vermindern sollen. Das fällt doch überall in Europa auf. Wir führen doch keine Selbstgespräche. Ganz Europa spricht davon. Ich sage Ihnen auch, was die anderen Länder davon halten, und wie sie das nennen: Sie nennen das Heuchelei, Herr Kauder.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt kommt angeblich die Verschärfung des Stabilitätspaktes. Frau Merkel, ich bin wirklich gespannt, was dieses Mal herauskommt. Ich sage „dieses Mal“, weil jedenfalls ich mich noch gut daran erinnern kann, wie Sie vor einem Jahr hier in diesem Haus zu gleicher Sache gesprochen haben. Nur für den Fall, dass das von den Regierungsfractionen irgendjemand vergessen hat: Im September 2010, also vor mehr als einem Jahr, hat Kommissionspräsident Barroso ein Maßnahmenpaket zur wirtschaftlichen Steuerung vorgelegt. In diesem Maßnahmenpaket wurde eine Regelung zur haushaltspolitischen Überwachung im Euro-Raum festgelegt. Was sollte das heißen? Das sollte heißen, dass es nach Feststellung eines übermäßigen Defizits durch die Kommission zu quasiautomatischen Sanktionen kommen soll. Jetzt fragen wir alle uns doch einmal: Haben Sie das vor 14 Monaten in diesem Hause unterstützt?

(Zurufe von Abgeordneten der SPD: Nein! – Ulrich Kelber [SPD]: Eben nicht! Unglaublich!)

Es kam der Strandspaziergang von Deauville, der ganz Europa in Empörung versetzt hat. Frau Merkel, Sie und Präsident Sarkozy waren es doch – und nicht irgendwelche Hallodris –,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist denn jetzt los?)

die im Handstreich die automatischen Sanktionen beseitigt haben. So war das, und daran erinnern wir uns.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt stehen Sie ein Jahr später hier an diesem Mikrofon und rufen laut: Halt den Dieb! Von Stabilisierung keine Spur: Italien infiziert, Frankreich strauchelnd, der Euro am Abgrund. Ein Jahr später kommen jetzt ausgerechnet Sie heute hierher, um schärfere Sanktionen für Schuldensünder zu fordern. Glauben Sie denn wirklich, die Erinnerung ist so kurz? Glauben Sie wirklich, keiner merkt, was Sie hier für Kapriolen schlagen? Das ist keine Politik, das ist aus meiner Sicht Schauspielerei.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Bei allem guten Willen, den wir haben, in der europäischen Sache zu helfen, müssen wir sagen: Es gibt kein schwarz-gelbes Europa, und es gibt kein rot-grünes Europa, sondern wir alle zusammen tragen Verantwortung für dieses Europa. Weil das so ist, finde ich, dürfen wir die Menschen und darf man auch dieses Parlament nicht hinters Licht führen. Sie werben jetzt für irgendwelche Veränderungen im EU-Vertrag. Einverstanden. Auch über die Einschaltung des EuGH bei Verstößen gegen Haushaltsvorgaben reden Sie. Ich habe gar nichts dagegen. Aber Sie können doch nicht so tun, als könnten Sie damit eine Lösung für akute, buchstäblich täglich, stündlich dramatisch eskalierende Krisensituationen liefern. Das steckt doch da nicht drin.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb glaube ich: Ihr Kalkül ist eigentlich etwas ganz anderes. Sie warten ab. Sie wollen eigentlich nicht im Kern der Sache entscheiden. Sie servieren uns so etwas wie Ersatzhandlungen. Im Stillen setzt diese Regierung darauf, dass nicht sie, sondern jemand anders handelt. Sie stehen sozusagen vor dem europäischen Haus. Das europäische Haus brennt lichterloh, und Sie haben Angst, sich die Finger zu verbrennen. Sie scheuen die politische Verantwortung, die Sie tatsächlich haben, und schieben andere vor, die jetzt Verantwortung tragen müssen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann meine Vermutung, wenn Sie wollen, auch noch etwas zugespitzter formulieren.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Dann mal zu! – Dagmar G. Wöhrl [CDU/CSU]: Bringen Sie eine Lösung!)

(C)

(D)

Dr. Frank-Walter Steinmeier

- (A) Ich kann sie zugespitzter formulieren und sagen: In den hellen Tagesstunden kritisieren Sie die anderen Europäer, die als letzte Rettung stärkere Aktivitäten der Europäischen Zentralbank fordern, und wenn es dunkel wird, dann beten Sie, dass die EZB weiter Anleihen kauft. Ich glaube, das steckt im Grunde genommen dahinter.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und während das so ist, fluten auch noch zusätzlich die Notenbanken den Markt mit billigem Geld, um den Absturz abzuwenden. Noch jemand anderes, der handelt.

Herr Altmaier, ich habe Sie heute Morgen im *Morgenmagazin* erlebt.

(Hermann Gröhe [CDU/CSU]: Da hätten Sie etwas lernen können!)

Es geht doch nicht, dass wir uns als Politiker über Kursfeuerwerke an den Börsen freuen. Das geht doch nicht. Wir müssen doch sagen, was es heißt, wenn solche Kursfeuerwerke durch Geld mal eben ausgelöst werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir reden hier nichts herbei. Alle Welt redet darüber – nur wir hier in diesem Hohen Hause reden nicht darüber –, dass diese Politik des billigen Geldes natürlich auch Inflationsgefahren steigert. Wir haben die Inflation nicht, aber die Gefahr wird gesteigert.

Wenn wir über die EZB reden, dann müssen wir den Menschen doch auch sagen – jetzt ganz ehrlich –: Wenn die EZB Anleihen kauft, haftet am Ende nicht irgendwer, sondern es gibt eine gemeinsame europäische Haftung. Daran kommen wir doch nicht vorbei.

- (B)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wissen Sie, Frau Merkel, deshalb verstehe ich einfach nicht, warum Sie sich hier hinstellen und sagen: Mit uns kommt Gemeinschaftshaftung nicht infrage. Sie findet statt durch Anleiheaufkäufe der EZB, jeden Tag mehr. Fast 300 Milliarden Euro stehen mittlerweile in der Bilanz. Das ist in dieser Lage ja sogar unvermeidbar. Aber geben Sie doch endlich zu, dass Sie das heimlich und nachdrücklich betreiben. Ich finde es einfach nicht in Ordnung, wenn Sie das leugnen; denn das geht meilenweit an der Wahrheit vorbei.

(Beifall bei der SPD)

Ich weiß, dass das, was wir von der Opposition zu sagen haben, Sie nicht sonderlich kümmert. Sie haben die Mehrheit hier im Hause. Wenn Sie die Opposition nicht kümmert, dann vielleicht der Teil der Presse, der Ihnen politisch näher steht.

(Lachen bei der FDP – Zuruf von der CDU/CSU: Machen Sie doch einmal Vorschläge!)

– Ich weiß, dass Ihnen das nicht gefällt. Früher waren Sie sehr kreativ beim Vortrag von Zeitungslektüre.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Da kann ich mir die Presseschau sparen, wenn Sie vorlesen!)

Ich zitiere einen Kolumnisten der *Financial Times Deutschland* auf *Spiegel Online*: (C)

Die Chance auf eine bezahlbare Euro-Rettung ist vertan – und schuld ist die Bundeskanzlerin. Angela Merkel wird uns alle ruinieren, weil sie mit ihrem Zaudern die Krise verschärft.

Das sagt nicht die Opposition, sondern die deutsche Presse, und das sollte Ihnen zu denken geben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Rainer Brüderle ist der nächste Redner für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Rainer Brüderle (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der Tat, manche Medien im Ausland sehen die Euro-Zone vor dem Endspiel. Man hat fast den Eindruck, dass da eine gewisse Lust am Untergang herrscht. Bei manchen Äußerungen der Opposition habe ich den gleichen Eindruck.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ja, es ist Aufgabe der Opposition, die Regierung kritisch zu begleiten. Aber das, was hier seit einigen Wochen zum Teil abläuft, stellt Parteitaktik über das Schicksal Europas. Das ist nicht in Ordnung. (D)

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Joachim Poß [SPD]: Das müssen Sie gerade sagen!)

Ich habe Verständnis dafür, dass die drei möglichen Kanzlerkandidaten vor dem SPD-Parteitag nervös wie Rennpferde sind.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Aber dass sie sich europapolitisch wie Ackergäule benehmen, das ist nicht in Ordnung.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Joachim Poß [SPD]: Das muss die FDP gerade sagen!)

Selbst Frau Nahles, wie sie uns im *Spiegel* offenbart, nervt diese – so nennt sie es – K-Show, die Kanzlerkandidaten-Show der SPD.

(Thomas Oppermann [SPD]: Reden Sie mal über den Euro!)

Herr Gabriel machte Anfang der Woche einen Brüning-Vergleich und warnte die Bundeskanzlerin. Das hat mit Seriosität und Anstand nichts zu tun; das ist unangebracht. Diese Kanzlerin kämpft engagiert um Europas Zukunft. Wir stehen hinter ihr.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Zuruf der Abg. Dr. Barbara Hendricks [SPD])

Rainer Brüderle

- (A) Der europäische Gipfel muss und wird den Weg zu einer Stabilitätsunion weisen. Es heißt in manchen Kommentaren: So deutsch war Europa noch nie. Diese Aussage zeigt Respekt, aber auch Vorbehalt vor deutscher Dominanz. Es geht jedoch nicht darum, ein deutsches Europa, sondern ein gutes Europa zu schaffen. Das ist europäischer Patriotismus.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Europäische Union ist das größte Friedensprojekt aller Zeiten. Der Historiker Michael Stürmer hat die Errungenschaften Europas auf eine ganz einfache Formel gebracht. Er sagte: Nach dem Krieg machte sich Deutschland auf den Weg, wieder ruhig zu schlafen, gut zu essen und nie mehr allein zu sein. – Das ist Axiom deutscher Politik. Deutschland darf sich nie wieder singularisieren bzw. isolieren. Deshalb ist es gut, dass die Bundeskanzlerin und der französische Präsident gemeinsam Vorschläge für einen Stabilitätspakt II machen. Sie müssen das reparieren, was andere deutsche und französische Regierungen leichtfertig beschädigt haben. Darum geht es jetzt.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Der Gipfel wird die Ausgestaltung der EFSF beschließen. Der Haushaltsausschuss hat die Leitlinien gebilligt. Wolfgang Schäuble hat gute Ergebnisse bei den Finanzministern erreicht. Das ist eine gute Grundlage für die Kanzlerin. Der Gipfel wird Vertragsänderungen in Angriff nehmen. Haushaltsdisziplin in allen Mitgliedstaaten besser zu kontrollieren und notfalls Sanktionen zu verhängen, das muss das Ziel sein. Das ist der richtige Weg. Wir, die christlich-liberale Koalition, leben das vor.

- (B)

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Die OECD hat uns dies wieder bestätigt. Das Wachstum ist intakt, der Arbeitsmarkt ist robust, die Schulden sind tragfähig. Das ist gelebte Stabilitätskultur. Das ist ein erfolgreicher Weg. Wenn auch Europa diesen Weg eingeschlagen hätte, dann hätten wir die aktuellen Probleme nicht.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Opposition will den Euro mit einem links-keynesianischen Programm stabilisieren. Sie setzt auf Umverteilung in Deutschland und Vergemeinschaftung der Schulden Europas.

Die Grünen haben ihren Steuererhöhungsparteitag hinter sich, die SPD hat ihren Steuererhöhungsparteitag vor sich. Mir ist ein Rätsel, wie man einerseits vor einer Rezession warnen kann und andererseits die Steuern um 30 Milliarden Euro erhöhen will. Das passt nun überhaupt nicht zusammen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Das senkt die Sparquote!)

Das trifft nicht die Superreichen, das trifft den Mittelstand in Deutschland. Sie wissen nicht, dass für weite Teile des deutschen Mittelstands die Einkommensteuer

- (C) Unternehmensteuer ist und dass eine Vermögensabgabe in die Substanz der Mittelstandsbetriebe eingreift. Ihre Steuerpolitik ist ein Anschlag auf den deutschen Mittelstand und die deutschen Personengesellschaften.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Quatsch!)

Die Grünen wollen vorbehaltlos Euro-Bonds. Sie lassen außer Acht, dass die gegen deutsches und europäisches Recht verstoßen. Normalerweise sind die Grünen für das Verursacherprinzip. Nur hier bei den Euro-Bonds setzen sie das völlig außer Kraft. Es sollen nicht diejenigen haften, die keine nachhaltige Haushaltspolitik gemacht haben, sondern es sollen diejenigen haften, die es richtig gemacht haben. Da soll einmal einer verstehen, wie das eine kluge Politik sein soll.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wir hatten einmal nahezu einheitliche Zinssätze in Europa. Nur: Die Peripherie – die südeuropäischen Länder – hat sie nicht genutzt. Diese Länder haben weiter die Schulden erhöht, keine Haushaltsdisziplin geübt. Jetzt gibt es keine Abwertung nach außen mehr, sondern nur noch eine innere Abwertung. Das ist schmerzhaft, aber notwendig. Nur so kann man wettbewerbsfähig werden.

Griechenland etwa braucht realwirtschaftliche Aufbauhilfe. Hier hat der Bundeswirtschaftsminister erste Schritte eingeleitet. Der Rösler-Plan

(Lachen bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- (D) setzt Schwerpunkte bei erneuerbaren Energien, bei Tourismus und bei der Informationstechnologie.

Italien ist in einer ganz anderen Situation, hat eine andere realwirtschaftliche Stärke. Mit den Vorstellungen von Herrn Monti, der als EU-Kommissar sehr wohl den Binnenmarkt vorangetrieben hat und für Wettbewerb stand, hat es beste Aussichten.

Beim Thema Euro-Bonds eiert die SPD. Mal springt sie auf, mal springt sie ab. Man kann auch sagen: Die SPD „sigmar-gabriel“ sich von Woche zu Woche – mal rauf, mal runter, nichts ist dabei klar.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es können nicht alle so klar sein wie die FDP! – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich finde den Gabriel in Ordnung, aber dass er so eiern kann wie die Bundeskanzlerin? Das kann er nicht!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Brüderle, darf Ihnen eine Kollegin eine Zwischenfrage stellen?

Rainer Brüderle (FDP):

Nein, ich gestatte keine Zwischenfrage.

Andere in der SPD setzen auf eine entfesselte Geldpolitik mit allen Inflationsgefahren. Das sind die Genos-

Rainer Brüderle

- (A) sen Gerhard Schröder und Peer Steinbrück. Sie wollen, dass die EZB alles öffnet und „in die Vollen“ geht. Aber das kann nur in Notsituationen geschehen

(Zuruf der Abg. Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

und muss zeitlich begrenzt sein, wie gestern auch Präsident Draghi zu Recht klargestellt hat.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CDU/CSU)

Eine aktivistische Geldpolitik mit grenzenlosen Aufkäufen wäre fatal und falsch.

(Thomas Oppermann [SPD]: Kommt der Wahrheit schon näher!)

Die Europäischen Verträge untersagen der EZB langfristige Staatsfinanzierungen. Die Europäischen Verträge verpflichten die EZB zur Preisstabilität, und die Europäischen Verträge gewährleisten die Unabhängigkeit der EZB. Das ist das Erbgut der Deutschen Bundesbank und unsere Mitgift für die europäische Zukunftsentwicklung.

Sie können in Japan beobachten, wo es hinführt, wenn man allzu großzügig, breit und langfristig angelegt die Geldmenge vermehrt. Sie haben ein Jahrzehnt und jetzt schon fast die zweite Dekade verloren, in der sie keinen Aufschwung hatten. Auch die USA kommen nicht richtig auf die Beine, obwohl die amerikanische Notenbank, die Fed, fast per Helikopter das Geld in die amerikanische Landschaft bringt. Greenspan hat 10 oder 15 Jahre lang auf jede Anspannung und jedes Krisenphänomen mit einer sehr lockeren Geldpolitik reagiert. Das hat möglicherweise nicht die Probleme der Finanzmärkte ausgelöst, aber erheblich begünstigt und verschärft. Hier muss Solidität und eine klare Linie herrschen.

(B)

Noch eines ist mir aufgefallen: Es gibt jetzt eine große Ratingagentur in den USA, die den USA in ihrer Einstufung ein Jahr Bewertungspause gibt. Wenn ich mir das „Rating-Stakkato“ der amerikanischen Ratingagenturen zu europäischen Ländern vor Augen führe, dann kann ich nur sagen: Diese Zahlenkonzerne haben offenbar eine patriotische Ader oder einen politischen Knick in der Optik. Deshalb ist es höchste Zeit, dass Europa eine eigenständige Ratingagentur bekommt. Diese Einflussnahme, nur weil man einen Verdacht hat, ist nicht in Ordnung und nicht fair. Sie muss endlich auch ein Gegengewicht in Europa bekommen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zitieren:

Die Bundesregierung muss endlich ihre Blockadepolitik gegen Möglichkeiten aufgeben, Sanktionen nicht nur bei übermäßigen Defiziten, sondern auch bei übermäßigen Leistungsbilanzüberschüssen verhängen zu können, um makroökonomische Ungleichgewichte abzubauen.

Das ist ein Beschluss des Parteitages der Grünen.

(Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Sehr vernünftig!)

Sie setzen konsequent auf die Drosselung deutscher Exportanstrengungen. Sie wollen Deutschland schlechter und nicht die anderen besser machen. Es war konsequent, dass Sie Herrn Papandreou nach Kiel eingeladen haben. Das war eine runde Sache.

(Beifall bei der FDP)

Sie wollen, dass deutsche Arbeitnehmer weniger Autos bauen, dass deutsche Arbeitnehmer weniger Chemieprodukte herstellen und dass deutsche Arbeitnehmer beim Maschinenbau weniger erreichen. Der ökonomische Sachverstand der Grünen, Herr Trittin, passt in eine Plastiktüte. Dafür wollen Sie noch eine Zwangsabgabe in Höhe von 22 Cent haben. Nichts haben Sie verstanden.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Klar muss sein: Wer Wachstum schwächt, schwächt Deutschland. Wer Deutschland schwächt, schwächt Europa. – Wenn Sie das wollen, müssen Sie Ihre Politik weiter so betreiben. Wir wollen etwas anderes: Wir wollen Wachstum, Arbeitsplätze und eine gute Zukunft für die europäische Entwicklung.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das wollen 2 Prozent so wie Sie!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Gregor Gysi für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

(D)

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Also, gelegentlich wird man hier überfordert.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das glauben wir!)

– Ja, das will ich Ihnen gleich begründen.

Ich muss Ihnen sagen, Herr Brüderle: Wenn Sie den Begriff „Genosse“ in den Mund nehmen, klingt das widernatürlich.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN – Rainer Brüderle [FDP]: Das ist auch widernatürlich!)

Obwohl ich sehr fantasievoll bin, fällt es mir auch sehr schwer, mir Frau Merkel bei einem Marathonlauf vorzustellen.

(Heiterkeit bei der LINKEN und der SPD)

Zum Ernst der Situation zurück: Die Diktatur der Finanzmärkte hat sich verschärft. Sie ist doch nicht abgebaut worden, ganz im Gegenteil. Die Ursachen schildern Sie falsch, Frau Bundeskanzlerin. Nicht die Staatsverschuldung ist die Ursache der Krise, sondern die Macht der Banken, der Versicherungen, der Fonds und ihre weltweiten Spekulationen sind die Ursachen der Krise. Genau das führt zu der hohen Staatsverschuldung. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Gregor Gysi

- (A) Wenn man hier nicht mitgeht, dann kann man die Ursachen nicht wirksam bekämpfen. Ich sage auch: Frau Merkel, Sie finden keinen Weg aus der Krise heraus. Im Gegenteil: Schon die EU-Gipfelbeschlüsse vor sechs Wochen sind doch überholt. Inzwischen wird auch gegen Italien, Belgien, selbst gegen Österreich und Finnland spekuliert. Frankreich muss höhere Zinsen auf seine Staatsanleihen zahlen. Deutschland versuchte, Staatsanleihen für 6 Milliarden Euro zu verkaufen. Was erreichte der Bundesfinanzminister? Staatsanleihen in Höhe von 2 Milliarden Euro wurden gekauft, die restlichen 4 Milliarden Euro wollte niemand haben, weil die Zinsen zu niedrig sind. Es geht um eine andere Konstruktion.

Herr Steinmeier, in einem Punkt widerspreche ich Ihnen. Die Kanzlerin macht schon etwas. Sie gestaltet Europa um – aber völlig falsch. Im Vertrag von Lissabon gibt es zum Beispiel eine Bestimmung, die die Kontrolle des Kapitalverkehrs verbietet. Vielleicht sollte man diese Bestimmung einmal aufheben, wenn man den Vertrag ändert.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber nun haben die Zentralbanken aus den USA, Japan, der Schweiz, Kanada und übrigens auch die EZB eingegriffen, und zwar, indem sie den Banken Geld zu ganz niedrigen Zinssätzen angeboten haben. Das haben sie natürlich ganz einfach gedruckt. Darauf haben sie auch hingewiesen. Aber das macht die EZB mit, wenn ich darauf verweisen darf. Das Problem ist: Die Börsen jubeln, aber den Menschen in Griechenland und Italien nutzt das überhaupt nichts. Mit den Interessen von 99 Prozent der Bevölkerung in diesen Ländern hat das alles gar nichts zu tun. Im Kern geht es um drei Wege, die besprochen bzw. diskutiert werden. Es ist interessant, diese Wege genau zu betrachten und Vergleiche anzustellen.

- (B) Der erste Weg ist der – Herr Brüderle, hier sind Sie beleidigt, aber hier hat Herr Gabriel recht –, den Reichskanzler Heinrich Brüning gegangen ist, nämlich durch drastischen Sozialabbau die Probleme angeblich zu lösen. Genau diesen Weg geht für ganz Europa Frau Merkel. Das ist ein einziger Skandal.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist eine verschärfte Agenda 2010, die dort angewandt wird. Die Investitionen werden in Europa zurückgefahren. Ihre Hoffnung ist – jetzt will ich einmal Ihrer Theorie folgen –: Wenn man Sozialabbau betreibt, die Renten kürzt, weitere Schikanen gegenüber der Bevölkerung durchführt und sogar noch die Investitionen abbaut, dann werden auch die Staatsschulden geringer. Wenn die Staatsschulden geringer werden, dann entsteht wieder Vertrauen bei den lieben großen privaten Banken, und dann kaufen sie wieder zinsgünstiger Staatsanleihen auf. – So Ihre Theorie. Das hat mit der Realität allerdings nichts zu tun.

Wie sieht das Ergebnis aus? Das Wirtschaftswachstum in Griechenland ist um 5,5 Prozent gesunken. Fast überall herrscht Rezession. Nun kommt das Entscheidende – schauen wir uns einmal die Schuldenlast Griechenlands an, lieber Herr Brüderle –: Im Jahre 2010 be-

trug die Staatsverschuldung Griechenlands 140 Prozent der Wirtschaftsleistung. Nun beträgt sie 200 Prozent der Wirtschaftsleistung. Sie ist also um 60 Prozentpunkte gestiegen. Das ist das Ergebnis Ihres angeblichen Schuldenabbaus. Das Gegenteil kommt dabei heraus, weil der Weg falsch ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn Sie das Vertrauen der großen privaten Banken in die Staaten zurückgewinnen wollen, kann ich Ihnen nur sagen: Auch das schaffen Sie nicht. Die Banken besorgen sich Geld bei der Europäischen Zentralbank und zahlen dafür 1,25 Prozent Zinsen. Dann sagen sie gegenüber Italien: Italienische Staatsanleihen kaufen wir nur, wenn ihr über 7 Prozent Zinsen zahlt. – So verdienen sie dickes Geld und ruinieren die Bevölkerung Italiens. Das alles ist nicht hinnehmbar. Ihr Weg ist rundum und vollständig gescheitert. Aber Sie halten an Ihrem Irrsinnskurs fest.

Herr Kauder, Sie haben gesagt: Der Weg, den wir gehen, ist ein Weg zu einem deutschen Europa. – Außerdem sagten Sie auf dem CDU-Parteitag: Man spricht jetzt deutsch. – Gerade in Anbetracht unserer Geschichte sollten wir solche Sätze wirklich vermeiden.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dieser Weg ist politisch, moralisch, historisch, steuerpolitisch und sozial falsch. Außerdem führt das Ganze zu einem dramatischen Demokratieabbau; dazu haben Sie, Frau Bundeskanzlerin, und auch Sie, Herr Steinmeier, keinen Satz gesagt. Das ist doch nicht mehr hinnehmbar: In Italien und Griechenland werden Technokraten eingesetzt – ohne Wahlen, ohne Veränderung. Man schickt Regierungen, die man nicht mehr haben will, einfach nach Hause und setzt irgendwelche Leute ein, die der EU willkommen sind. Der ehemalige Ministerpräsident Griechenlands sagte zu seiner Bevölkerung, er wolle sie über den Grundkurs der Politik abstimmen bzw. sie in einem Volksentscheid darüber entscheiden lassen. Dafür musste er seine Sachen packen. Das hat mit Demokratie nichts zu tun. Das ist ein dramatischer Demokratieabbau, den wir hier erleben.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Rüdiger Veit [SPD])

Dieser erste Weg ist also falsch und gescheitert. Aber es gibt einen zweiten Weg; er beschreibt sozusagen das US-amerikanische Vorgehen, aber nicht nur das US-amerikanische, sondern auch das britische. Hier geht es um die Euro-Bonds. Nun habe ich ja gehört, dass die Frau Bundeskanzlerin sagte: *Jetzt* sind Euro-Bonds falsch. – Sie hat plötzlich das Wort „jetzt“ eingeführt.

(Petra Merkel [Berlin] [SPD]: Ja! Das ist eine Rückzugsmöglichkeit!)

Ich bin gespannt, ob das nächste Woche noch gilt.

(Petra Merkel [Berlin] [SPD]: Genau! – Zuruf von der LINKEN: Das kennen wir ja! Wie bei der Atomkraft!)

Dr. Gregor Gysi

- (A) Herr Brüderle hingegen sagt: Das geht überhaupt nicht, weil das Prinzip von Ursache und Wirkung falsch angewandt wird. Wir können doch nicht dafür haften, dass andere Staaten Fehler gemacht haben. – Herr Brüderle, erklären Sie der Bevölkerung doch einmal Folgendes:

(Petra Merkel [Berlin] [SPD]: Nein! Lieber nicht!)

Wenn die Europäische Zentralbank jetzt Staatsanleihen aus Italien, Spanien, Griechenland und anderen Ländern im Wert von 200 Milliarden Euro hat, die nichts mehr wert sind, und wenn die Europäische Zentralbank den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern der Euro-Zone, also vornehmlich den deutschen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, gehört, wer haftet dann für diese Staatsanleihen? Wir alle zusammen. Sie sagen also, dass Sie etwas, das längst existiert, nicht wollen. So kann man die Bevölkerung nicht an der Nase herumführen. Das sage ich Ihnen ganz klar.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die zweite Variante bedeutet natürlich, dass man Geld drucken muss. Sie haben völlig recht: Das war schon immer US-Politik. Das machen die auch heute. Das macht auch Großbritannien. Dieser Weg ist nicht ganz so unsozial und nicht ganz so unmenschlich wie der erste. Aber er führt zu Inflation, also zu Geldentwertung, und damit letztlich auch zu mehr Armut. Deshalb ist auch dieser Weg falsch.

(B)

Es gibt einen dritten Weg; das ist der, den wir vorschlagen. Sie fürchten ihn aus verschiedensten Gründen; aber er ist der einzige Weg, der funktionieren könnte. Es passt Ihnen nicht; aber dieser Weg führt aus der Krise, und zwar ohne Deflation und ohne Inflation. Was ist zu tun? Die bedrohten Staaten müssen aus ihrer Abhängigkeit von den großen privaten Banken, Fonds und Versicherungen befreit werden. Das ist der einzige mögliche Weg.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie allerdings geben den Banken ständig nach. Sie erkennen nicht – oder wollen nicht erkennen –, dass der Weg, den wir vorschlagen, die einzige Möglichkeit ist.

Wir brauchen eigentlich eine europäische Bank, die das Geld der Europäischen Zentralbank nehmen und den bedrohten Staaten zinsgünstige Kredite geben müsste. Das wäre deshalb eine Lösung, weil die amerikanischen Ratingagenturen dann machen könnten, was sie wollen. Sie könnten Griechenland sogar ein „Z“ geben – was es nicht gibt –, also komplett herabstufen. Wenn Griechenland von dieser europäischen Bank weiterhin zinsgünstige Kredite bekäme – und Italien, Spanien, Portugal genauso –, könnten die Ratingagenturen erzählen, was sie wollten. Wir hätten dadurch endlich die Unabhängigkeit dieser Staaten von den großen privaten Banken hergestellt, und genau das brauchen wir.

(Beifall bei der LINKEN)

Daneben brauchen wir – das ist wahr – einen Schuldenschnitt, aber nicht nur für Griechenland. Übrigens: Die Banken haben doch einmal etwas von einem Schuldenschnitt von 50 Prozent erzählt. Man hört gar nichts mehr davon, Frau Bundeskanzlerin. Wie weit ist es denn eigentlich damit? Beim letzten Mal war das ein großes Thema, heute sagt keiner ein Wort dazu. Ich will nur sagen: Das fällt auf.

(C)

Das alles reicht aber noch nicht. Die großen privaten Banken sind einfach zu mächtig. Frau Kohl, die in der ARD immer über die Börse berichtet und bei Herrn Jauch neben mir saß,

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Erzählen wir jetzt alle unsere Fernseh-erlebnisse?)

sagte dort interessanterweise Folgendes: Banken wie die Deutsche Bank sind so groß, dass keine Regierung es sich leisten könnte, sie pleitegehen zu lassen, weder eine linke noch eine rechte Regierung. Das sei gar nicht möglich, sagt sie. Was heißt das denn? Das heißt, wir sind erpressbar. Das heißt, die Deutsche Bank kann machen, was sie will. Sie würde immer gerettet werden, ganz egal, ob sich die Regierung rechts oder links nennt oder es auch ist.

(Thomas Oppermann [SPD]: Klingt so, als würden Sie sie auch retten!)

– Ja, und genau das ist nicht akzeptabel, Herr Oppermann. – Deshalb muss man diese Banken verkleinern und dann öffentlich-rechtlich gestalten. Es gibt keinen anderen Weg.

(D)

(Beifall bei der LINKEN)

„Öffentlich-rechtlich gestalten“ heißt, sie wie die Sparkassen, die ARD oder das ZDF zu gestalten. Das heißt nicht, dass der Finanzminister direkt Weisung geben kann. Eine öffentlich-rechtliche Einrichtung könnte das Ganze sehr viel besser regeln.

(Dr. Andreas Schockenhoff [CDU/CSU]: Die Nummer würde Ihnen in der Volkshochschule keiner abnehmen!)

Die Sparkassen sind nicht unser Problem, sondern die großen Privatbanken. Deshalb müssen wir einen anderen Weg gehen. Dann könnten die Banken endlich wieder Dienstleister der Realwirtschaft und der Bürgerinnen und Bürger werden und würden sie nicht mehr beherrschen. Die großen Konzerne, die noch etwas herstellen, also die Realwirtschaft, müssten jetzt eigentlich dazu aufrufen, die Linke zu wählen, weil wir die Einzigen sind, die wollen, dass die Banken ihnen wieder dienen und nicht bestimmen, was sie zu tun haben. Das ist ja immerhin ein Schritt in eine vernünftige Richtung.

(Beifall bei der LINKEN)

Das reicht aber auch noch nicht. Wir müssen natürlich auch eine drastische Regulierung der Finanzmärkte herbeiführen – das gilt auch für öffentlich-rechtliche Banken –, indem wir Hedgefonds, Leerverkäufe etc. verbieten. Ich fand das Interview, das Herr Soros, Multimilliardär und König der Hedgefonds, dem *Stern*

Dr. Gregor Gysi

- (A) gegeben hat, sehr interessant. Er ist dort gefragt worden, wer eigentlich schuld sei. Das geht auf die Frage der Frau Bundeskanzlerin zurück. Sie haben ja gesagt, die Politik sei schuld. Er hat das auch gesagt, aber er hat das anders begründet. Er wurde gefragt: Sind Sie nicht schuld? Sie haben doch mit Ihren Leuten weltweit spekuliert. Sie haben das doch herbeigeführt. – Er sagte: Ja, das stimmt; aber wir sind trotzdem nicht schuld. Schuld ist die Politik; denn die hat es uns ja erlaubt. Der Mensch ist von Natur aus gierig; dann sind wir halt, wie wir sind. Wenn sie es uns verboten hätten, dann hätten wir es ja nicht gemacht. – Ich finde, das ist das beste Plädoyer dafür, endlich eine Regulierung der Finanzmärkte herbeizuführen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:
Herr Kollege Gysi.

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):
Ich bin gleich fertig, Herr Präsident.

Daneben brauchen wir unbedingt eine Vermögensteuer. Es ist nicht mehr zu akzeptieren, dass die Vermögenden in der Euro-Zone noch nicht einmal mit einem halben Euro zur Finanzierung der Krise herangezogen werden. Lassen Sie mich nur ein Beispiel nennen: 2 000 griechische Familien besitzen 80 Prozent des Vermögens Griechenlands. Die besagte Frau Kohl sagt dazu: Die kann man aber nicht heranziehen, weil sie ihr Vermögen schon ins Ausland gebracht haben. – Abgesehen davon, dass das bei Grundstücken nicht geht, sage ich: Dann führen wir eben US-amerikanisches Recht ein. Jeder Staatsbürger und jede Staatsbürgerin haftet für die Steuern in diesem Land, egal wohin sie das Vermögen verschieben. Das wäre doch nicht zu viel verlangt.

(B)

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Bofinger, der Wirtschaftsweise der Regierung, hat gesagt: Ihr Weg führt ins Desaster. – Das stimmt, Frau Bundeskanzlerin. Sie müssen den Mut haben, endlich die Unterordnung unter die Banken aufzugeben. Sie müssen den Mut haben, die Banken diesbezüglich zu entmachten. Nur so kann man übrigens einen Markt und etwas Soziales herstellen. Die Priorität der Banken muss endlich überwunden werden. Dann – und nur dann – bekommen wir ein Europa für die Menschen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Volker Kauder für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Volker Kauder (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Wir sind in einer wirklich außergewöhnlichen Situation. Wir alle müssen uns anstrengen, um Europa aus dieser Krise und durch diese Krise zu führen. Da hat das deutsche Parlament seine eigenen Positionen und seine eigen-

nen Rechte; denn wir haben miteinander beschlossen – das wurde nicht von anderen oder von außen durchgesetzt –, dass der Deutsche Bundestag zu beteiligen ist. (C)

Dafür gibt es ganz hervorragende Beispiele. Vor dem letzten Gipfel haben wir in diesem Haus gemeinsame Positionen formuliert, Herr Kollege Steinmeier. Wir haben gemeinsam der Bundesregierung den Rücken gestärkt, und wir haben gemeinsam die Bundeskanzlerin ermutigt, die richtigen Positionen durchzusetzen. Was ich aber heute von Ihnen gehört habe, ist davon meilenweit entfernt. Sie haben das Rednerpult im Deutschen Bundestag mit der Bühne auf dem SPD-Parteitag verwechselt, Herr Steinmeier. Das ist nicht in Ordnung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich muss Ihnen schon sagen: Sie können den früheren Bundeskanzler Schröder nicht einfach kritiklos in eine Linie mit den großen Europäern stellen. Schauen wir uns doch einmal an, was da passiert ist. Bundeskanzler Schröder sprach 2003 im Ehrenhof des Élysée-Palastes von einer Achse Berlin-Paris-Moskau. Einen größeren Schlag als mit dieser Formulierung konnte man gegen die Einheit in Europa gar nicht machen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dann wurden locker vom Hocker mit fröhlichem Gesicht die Stabilitätskriterien gebrochen. Weil es einem parteipolitisch in den Kram passte, wurde ein Mitgliedsland, nämlich Österreich, auf unanständige Weise in die Pfanne gehauen. Das hat mit europäischen Positionen überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Widerspruch bei der SPD) (D)

– Immer langsam! Ich will Ihnen einmal etwas sagen: Ich war es nicht, der den früheren Bundeskanzler als großen Europäer eingeführt hat; das waren Sie. Wenn Sie das machen, dann müssen Sie auch mit den Punkten leben, an denen offenkundig wird, dass er sich selber und einige parteipolitische Interessen vertreten hat, aber nicht die Interessen Europas und schon gar nicht die Interessen Deutschlands. Das muss hier gesagt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Thomas Oppermann [SPD]: Und Sie nehmen das für sich in Anspruch?)

Auf Ihrem Parteitag können Sie solche Sprüche machen; da sind wir nicht dabei. Aber hier lassen wir Ihnen das – damit das ganz klar ist – nicht durchgehen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Zu Europa. Die Bundeskanzlerin hat heute hier ganz klar formuliert, dass das, was notwendig ist, um Europa zu stabilisieren, mit dem bisherigen Instrumentarium nicht geht. Wir waren uns in unserer gemeinsamen Erklärung einig, dass es einige Dinge gibt, die sich ändern müssen. Die Position war, dass wir die Europäische Kommission in die Lage versetzen müssen, Haushalte zu begutachten und daraufhin Empfehlungen auszusprechen.

(Petra Merkel [Berlin] [SPD]: Das ist doch nichts Neues!)

Volker Kauder

- (A) Wir waren uns doch einig, dass wir einen Automatismus brauchen, damit genau der Fall nicht mehr eintritt, dass durch politische Entscheidungen Verfehlungen einfach unter den Tisch gekehrt werden. Dazu braucht man eine Änderung in den europäischen Verträgen. Wir waren uns auch darin einig, dass es Sanktionen geben muss, deren Durchsetzung wir vor dem Europäischen Gerichtshof einklagen können.

Dies alles, was auch Sie richtig finden und was wir in unserer gemeinsamen Erklärung gesagt haben, ist doch nur die Folge davon, dass wir von Anfang an einen festen Grundsatz verfolgt haben: Wir sind solidarisch, aber Hilfe gibt es nur, wenn die notwendigen Gegenleistungen erbracht werden. – Glauben Sie, irgendjemand in Europa hätte auch nur einen entscheidenden Schritt gemacht, wenn das gemacht worden wäre, was Sie von Anfang an verlangt haben? Sie wollten Euro-Bonds und wollten Geld geben; damit wäre für Sie die Sache erledigt gewesen.

(Joachim Poß [SPD]: Das hat kein Mensch gesagt!)

Aber das hätte uns überhaupt nicht weitergebracht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Frau Bundeskanzlerin, der Weg, den Sie beschritten haben und den wir von der Koalition immer begleitet haben, ist richtig. Wir sagen: Es gibt Hilfe und Unterstützung, aber es sind auch notwendige Schritte zu gehen.

- (B) Ich glaube, dass der bevorstehende Gipfel entscheidende Möglichkeiten bietet. Ich weiß sehr wohl, dass wir im deutschen Parlament in einem gewissen Zielkonflikt sind. Die Bundeskanzlerin hat uns gesagt, welche zentralen und wichtigen Punkte auf dem Gipfel besprochen werden sollen. Da unterstützen wir die Bundesregierung. Aber klar ist auch, dass wir im Vorfeld nicht jedes Detail, über das verhandelt wird, bis auf Punkt und Komma festlegen können. Rainer Brüderle hat völlig recht, wenn er sagt: Wir sorgen für die Leitplanken – diese haben wir formuliert –, zwischen denen sich die Regierung bewegt, und dann unterstützen wir die Regierung, damit sie das erfolgreich zu Ende bringt. – Bislang sagt uns die Erfahrung: Angela Merkel ist dies immer gelungen. Wir wünschen ihr viel Erfolg und Glück für den kommenden Freitag.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dass wir die notwendigen Veränderungen durchsetzen können, zeigt, glaube ich, die Entwicklung in der letzten Zeit. Herr Gysi, man kann leicht daherreden und sagen: Da stürzen ganze Regierungen. – Heute lese ich in den Zeitungen – das mag Sie vielleicht sogar bedrücken –, dass nicht mehr die Opposition entscheidet, ob eine Regierung im Amt bleibt oder nicht, sondern die Finanzmärkte. Bei uns entscheiden weder die Finanzmärkte noch Sie; das ist ein Glücksfall für uns.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das erledigen Sie selber! – Heiterkeit beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Elke Ferner [SPD]: Das macht die FDP!)

(C) Es ist doch völlig klar: Wenn eine Regierung ein Land in eine solche Situation bringt, wie es im Fall Griechenland geschehen ist, dann muss es eine Veränderung geben, dann muss eine andere politische Richtung eingeschlagen werden. Das wurde weder von der Europäischen Kommission noch vom Europaparlament, sondern vor Ort entschieden.

Zu Herrn Papandreou: Wenn man in einer so schwierigen Situation etwas miteinander vereinbart, dann kann man nicht überfallartig und über Nacht etwas anderes machen und alles durcheinanderbringen. Das war das Problem.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Genau!)

Dazu hätte ich mir eine kritische Anmerkung der Grünen auf ihrem Parteitag gewünscht. Aber da wird so getan, als ob ein Held gehen müssen. Nein, hier hat sich jemand nicht an Vereinbarungen gehalten.

(Elke Ferner [SPD]: Das stimmt doch nicht!)

Schon früher bestand das Problem in Europa darin, dass man sich nicht an Vereinbarungen gehalten hat. Das muss sich grundlegend ändern. An Vereinbarungen, an gemeinsame Regeln müssen wir uns alle halten, weil es sonst, wie wir gesehen haben, schiefgeht. Das ist die Erfahrung aus unserer Geschichte.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(D) Wir werden in der nächsten Zeit sicherlich immer wieder über die Situation in Europa reden. Wir stellen aber auch fest: Obwohl es Schwierigkeiten gibt und wir immer wieder mit neuen Herausforderungen konfrontiert sind – da widerspreche ich dem einen oder anderen –, kommen wir Schritt für Schritt voran. Wir müssen vor allem das Grundübel beseitigen; wir müssen die Schuldenpolitik beenden. Da, Herr Steinmeier, kann ich mich nur wundern. Wo waren Sie während der Haushaltsberatungen in der letzten Woche?

(Manfred Zöllmer [SPD]: Wie sieht das denn mit Ihren Schulden aus?)

Wie kann man von diesem Rednerpult aus – wohl wissend, dass die ganze Welt zuschaut – den Satz sagen, dass wir in Deutschland bei der Haushaltskonsolidierung nicht vorankommen?

(Dr. Frank-Walter Steinmeier [SPD]: Sie haben die Neuverschuldung erhöht!)

Sie müssen woanders gewesen sein. Sie haben wahrscheinlich noch an die Zeit der rot-grünen Politik gedacht. Damals ist es nicht gelungen, bei der Konsolidierung Fortschritte zu machen. Aber wir sind bei der Haushaltskonsolidierung wirklich hervorragend vorangekommen und geben damit ein Beispiel, wie man es machen muss. Deswegen sind wir in einer so guten Situation.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich kann zu den Grünen nur sagen – das habe ich auch in der Haushaltsdebatte getan –: Es ist abenteuerlich, dass unsere heimische Wirtschaft, also genau diejenigen, die dazu beigetragen haben, dass wir in Deutschland er-

Volker Kauder

- (A) folgreich sind, nämlich der Mittelstand, aber auch Großindustrie, Automobilindustrie, Maschinenbau, auf Ihrem Parteitag besonders ins Visier geraten ist. Ich sage es noch einmal: Mit Ihren Fahrradläden werden Sie das Wirtschaftswachstum nicht ankurbeln, sondern nur mithilfe der mittelständischen Industrie und der Automobilindustrie in unserem Land.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich wäre froh, ich hätte einen Fahrradladen! Räder werden gebraucht!)

Im Hinblick auf Europa haben wir einiges erreicht. Eines sollten wir klar und deutlich sagen – schauen wir uns einmal die Zahlen auch im Verhältnis zum Dollar an –: Wir haben zwar eine Staatsschuldenkrise: aber wir können wirklich froh darüber sein, dass der Euro noch immer stabil ist. Wer meint, der Euro stehe am Abgrund, redet Unsinn. Der Euro ist stabil.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Wo leben Sie denn?)

Europa wird sich in Zukunft gut entwickeln, wenn wir so weitermachen, wie wir das getan haben. Die Verschuldung muss allerdings zurückgeführt werden; das muss erreicht werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie können auch mithelfen, dass die Schuldenbremse überall eingeführt wird. Das ist ein gutes Instrument, um auf den rechten Weg zu kommen.

(Petra Merkel [Berlin] [SPD]: Reden Sie doch mal mit Ihrem Finanzminister! Der weiß es besser!)

(B)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Jürgen Trittin ist der nächste Redner für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kauder, bleiben wir einfach bei den Fakten. Sie haben hier letzte Woche einen Haushalt verabschiedet, der eine höhere Neuverschuldung vorsieht, als wir sie im letzten Jahr gehabt haben. Sie erzählen dem Rest Europas öffentlich, es solle sparen. Aber Sie selber sind dazu nicht in der Lage.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Damit noch nicht genug. Sie erklären auch noch: Wir wollen so weitermachen. Auf diese zusätzlichen Schulden für das nächste Jahr setzen Sie noch Steuersenkungen auf Pump. Das ist Ihre solide Finanzpolitik. – Das hat mit Solidität gar nichts zu tun.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Ich hätte mir gewünscht, lieber Herr Kauder, Sie hätten hier Ihre unseligen Äußerungen vom Parteitag zu-

rückgenommen. Das hat es lange nicht gegeben, dass jemand, der für Deutschland in der Verantwortung steht – das tun Sie als Vorsitzender einer Koalitionsfraktion –, in dieser Art und Weise arrogant in Europa herumholt. Das geht nicht. Das schwächt Deutschland, das erschwert eine Politik in Europa.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich hätte mir, Frau Bundeskanzlerin, wenn Herr Kauder dazu nicht in der Lage ist, wenigstens von Ihnen gewünscht, dass Sie klargestellt hätten, dass diese Art und Weise des Umgangs mit unseren Partnern in Europa nicht die Position der Bundesregierung bzw. der Bundesrepublik Deutschland ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Ihre Regierungserklärung, Frau Bundeskanzlerin, war wieder sehr stark von dem Grundprinzip charakterisiert: Der Weg ist das Ziel. Um das ein bisschen zu bemänteln, haben Sie das Bild des Marathonläufers bemüht.

(Daniel Bahr [Münster] [FDP]: Sehr gut! Da kenne ich mich aus!)

Lassen Sie uns einmal bei diesem Bild bleiben. Das Wichtigste, was man bei einem solchen Lauf berücksichtigen muss, ist:

(Daniel Bahr [Münster] [FDP]: Die Kräfte einteilen!)

Man sollte sich vorher über die Strecke kundig machen. Ansonsten geht es Ihnen wie Ihrem Wirtschaftsminister, der erst in die falsche Richtung rennt und sich dann immer nur im Kreis bewegt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD – Daniel Bahr [Münster] [FDP]: Na, na!)

Wenn man einen Marathon laufen will, dann muss man ihn nicht nur zu Ende bringen, sondern man muss auch anfangen, zu laufen. Das ist aber genau das, was Sie zurzeit nicht machen. Sie sagen: Wir werden nichts unternehmen, bevor nicht Vertragsänderungen und Ähnliches vorgenommen werden. Das heißt, Ihr Marathonlauf hat noch gar nicht begonnen. Dies ist in der jetzigen Situation schlicht und ergreifend fahrlässig.

Die Botschaft, beispielsweise in Richtung Italien, lautet: Bevor überhaupt etwas passiert, soll das Land erst einmal sparen. Ich will nur kurz darauf hinweisen, was Italien bevorsteht. Italien muss im nächsten Jahr 370 Milliarden Euro refinanzieren. Das ist mehr als der Bundeshaushalt. Im Jahr darauf werden es 200 Milliarden Euro sein. Italien muss zurzeit auf dem Markt 8 Prozent Zinsen für seine Refinanzierung zahlen. Glauben Sie, dagegen könnte man mit irgendeiner staatlichen Sparpolitik ansparen? Das ist schlicht und ergreifend unmöglich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

(C)

(D)

Jürgen Trittin

- (A) Das sage nicht nur ich, sondern das hat Ihnen auch Ihr eigener Sachverständigenrat ins Stammbuch geschrieben. Er hat ausgerechnet, was Italien erwirtschaften müsste, wenn es die Maastricht-Kriterien innerhalb von 20 Jahren einhalten wollte. Italien müsste jedes Jahr einen Primärüberschuss von 8 Prozent erwirtschaften. Nein, das, was Sie dem Rest Europas predigen, praktizieren Sie nicht nur selber nicht, sondern es ist auch eine Auflage, die das Problem nicht lösen wird. An deren Ende steht das Zerbrechen der Euro-Zone und damit des gemeinsamen Europas.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Darüber mache ich mir Sorgen. Wollen wir dabei tatenlos zugucken?

Der Kollege Kauder hat sich nicht entblödet, den Vergleich mit der Fahrradproduktion zu bringen. Ich würde Ihnen raten, lieber Herr Kollege Kauder, die Firma Daimler zu besuchen und Herrn Zetsche zu fragen, was er glaubt, was mit seinem Unternehmen passiert, wenn die Euro-Zone auseinanderbricht und es in der Kern-Euro-Zone zu einer Aufwertung um 20, 30 oder 50 Prozent kommt. Dann wären die Arbeitsplätze in Untertürkheim und Sindelfingen aber sehr akut in Gefahr. Das nehmen Sie mit Ihrem Nichthandeln zurzeit billigend in Kauf. Das ist das Problem, das der Industriestandort Deutschland hat: Sie sind fahrlässig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der
LINKEN – Widerspruch bei der FDP)

- (B) Hören Sie auf, das deutsche Volk zu belügen! Es ist eine Lüge, wenn Sie sagen: Sie haften nicht für Anleihen anderer. Herr Gysi hat recht. Bei der EZB liegen 200 Milliarden Euro Staatsanleihen, für die Deutschland mit 54 Milliarden Euro haftet. Bei der EZB liegt aber noch mehr: Sie hat Kredite an die südeuropäischen Banken vergeben. Wir haften zurzeit für 460 Milliarden Euro davon. – Ich könnte das weiter fortsetzen. Nehmen Sie nur die Verbindlichkeiten, die diese Staaten bei deutschen Banken haben: 525 Milliarden Euro.

(Widerspruch bei der CDU/CSU)

Das ist die finanzielle Dimension, um die es hier geht. Wir reden von einer dramatischen Situation, und Frau Merkel sitzt auf ihrem Stuhl und überlegt sich, ob sie irgendwann die Turnschuhe aus dem Schrank holen soll.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Nein, jetzt muss gehandelt werden. Das heißt, Italien, Spanien und die anderen betroffenen Länder müssen sich refinanzieren können.

(Jan Mücke [FDP]: Sie müssen sparen!)

Wenn es mit dem Hebel nicht klappt, dann wird man etwas anderes machen müssen. Frau Merkel ist inzwischen sehr interessiert, was die Euro-Bonds angeht. Eben hat sie gesagt: Darüber muss man sich jetzt nicht streiten; sie kommen sowieso.

(Dagmar G. Wöhrl [CDU/CSU]: Das hat sie doch gar nicht gesagt!) (C)

Aber wenn sie kommen, dann wird es zu spät sein. Also müssen wir etwas anderes machen. Selbstverständlich müssen wir das Volumen für die EFSF vergrößern. Wenn es mit der Hebelung nicht klappt, geht dies nur über eine Banklizenz. Dann kann man das politisch steuern. Das ist vernünftig. Ich sage Ihnen in aller Ruhe: Es ist die bessere Alternative zu dem, was sonst bleibt,

(Zuruf von der FDP: Es wird immer schlimmer!)

nämlich die direkte Finanzierung durch die EZB ohne jede Sparauflage. Deswegen muss das jetzt kommen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie brauchen auch einen verlässlichen Pfad zur Tilgung der europäischen Schulden.

(Klaus-Peter Willsch [CDU/CSU]: Wie ein Blinder von der Farbe!)

Wir müssen mit dem Schuldenabbau Ernst machen. Ich rate Ihnen: Lesen Sie das Gutachten Ihrer eigenen Sachverständigen! Da findet sich ein sehr lesenswerter Vorschlag. Herr Schäuble hat gesagt: Ich übernehme Teile davon. – Aber er übernimmt das Wesentliche nicht. Das Wesentliche, um die Finanzmärkte von Europa und von diesem gemeinsamen Euro zu überzeugen, ist, dass klar gestellt wird: Dieses Europa steht füreinander ein. Dann muss auch klargestellt werden, dass jedes Land seinen Schuldentilgungsverpflichtungen nachkommt. Dafür hat der Sachverständigenrat mit dem Schuldentilgungsfonds ein richtiges, ein kluges, ein gutes Modell vorgestellt. So kommt man aus der Krise heraus, so spart man Geld, so stellt man finanzielle Solidität wieder her. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Und schließlich, meine Damen und Herren: Ja, wir brauchen Vertragsänderungen, aber nicht anstelle jetzigen Handelns, sondern zusätzlich zu diesem Handeln.

Frau Bundeskanzlerin, es war übrigens nicht die Politik, die die Währungsunion geschaffen hat, das war nicht eine anonyme Macht, sondern das war der Bundeskanzler Helmut Kohl – ich meine mich zu erinnern, Sie waren damals in seinem Kabinett –, es war eine Mehrheit im Bundesrat, die aus A-Ländern bestand, und es war auch die grüne Partei. Wir alle haben uns für diese gemeinsame Währung ausgesprochen. Wir haben dies gemeinsam in dem Wissen getan, dass es Defizite gibt. Denn wir haben gesagt: Nach der deutschen Einheit wollen wir diesen wichtigen Schritt gemeinsam gehen.

Nun geht es darum, diesen Schritt tatsächlich zu gehen und von der Währungs- zu einer Wirtschaftsunion zu kommen. Nur, Sie haben nichts zum Inhalt gesagt. Was ist eigentlich mit den Vorschlägen von Nicolas Sarkozy, der gestern verkündet hat, dieses neue Europa soll kein institutionelles, kein gemeinschaftliches Europa sein,

Jürgen Trittin

- (A) (Dr. Andreas Schockenhoff [CDU/CSU]: Das hat er nicht gesagt! Das stimmt doch gar nicht!)

sondern es soll das Europa der Regierungen sein? Er will sogar das Schengen-Abkommen aufheben, das heißt, er will die europäische Freizügigkeit abschaffen. Wenn Sie denn unbedingt über Vertragsänderungen reden wollen, dann hätte ich dazu ein klares Wort von Ihnen erwartet. Das, was er vorgeschlagen hat, ist kein gemeinsames Europa.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Sie müssen jetzt handeln. Spanien und Italien müssen sich refinanzieren können. Wir brauchen einen tatsächlichen Schuldenabbau durch einen gemeinsamen Schuldentilgungsfonds. Wir brauchen Schritte hin zu einer echten Wirtschafts- und Währungsunion. Damit müssen wir klarmachen: Dieses Europa steht zusammen, es hält zusammen. Das müssen wir in aller Deutlichkeit sagen, und das müssen wir nicht nur auf Deutsch sagen, das müssen wir auch auf Griechisch, auf Italienisch und in allen anderen Sprachen sagen. – So viel zum Abschluss zu Herrn Kauder.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächster Redner ist der Kollege Hermann Otto Solms für die FDP-Fraktion.

- (B) (Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Dr. Hermann Otto Solms (FDP):

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Man muss zunächst noch einmal daran erinnern, was die Ursache für die Krise war. Ursache für die Krise

(Caren Marks [SPD]: Ist Frau Merkel!)

ist die unmäßige Verschuldungspolitik der Staaten – übrigens Deutschlands genauso wie anderer Staaten –, und nichts anderes.

(Zuruf der Abg. Dr. Barbara Hendricks [SPD])

Wer die Krise bekämpfen will, muss die Ursache bekämpfen. Der kann sich nicht nur Gedanken über die Finanzierung dieser Situation machen, wie das eben der Kollege Trittin gemacht hat. Noch vor kurzem hat er von Euro-Bonds gesprochen. Dann ist ihm widersprochen worden; es ist gesagt worden, dass Euro-Bonds zu einer gesamtschuldnerischen Haftung der deutschen Steuerzahler führen würden. Er hat gemerkt, das ist nicht so sehr populär. Jetzt redet er von einer Banklizenz. Das ist aber nichts anderes. Das heißt nämlich, dass die Funktion der Europäischen Zentralbank zur Finanzierung auf den Fonds übertragen wird, und dann wird eben wieder Geld geschöpft und so finanziert.

Ich sage noch einmal: Es geht nicht um die Finanzierung der Krise, es geht um die Lösung der Krise. Das ist das Entscheidende.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU) (C)

Es ist doch klar, dass die Länder mit hoher Schuldenproblematik nach Rettungsankern suchen und hoffen, die Deutschen werden das bezahlen. Deswegen ist es richtig, dass die Bundesregierung und die Kanzlerin Angela Merkel in Europa wie ein Fels in der Brandung steht und das ablehnt. Die ganze Koalition lehnt das ab.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das sind wir dem deutschen Steuerzahler schuldig, um ihn zu schützen. Eine andere Alternative gibt es überhaupt nicht.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Solms, darf Ihnen der Kollege Ernst eine Frage stellen?

Dr. Hermann Otto Solms (FDP):

Nein, ich habe nur drei Minuten. Ich möchte jetzt nicht unterbrochen werden.

(Caren Marks [SPD]: Sie wissen wohl nicht, dass das nicht angerechnet wird!)

Die Schulden der Unionsstaaten haben heute ein Niveau von etwa 8,3 Billionen Euro, also 8 300 Milliarden Euro, erreicht. Das sind im Durchschnitt 90 Prozent des gemeinsamen Bruttoinlandsproduktes;

(Manfred Zöllmer [SPD]: Das ist doch nicht wahr!)

zulässig sind eigentlich 60 Prozent. Wenn Sie sich diese Volumina, diese Dimensionen anschauen, erkennen Sie, dass Sie dieses Problem nicht in ein oder zwei Jahren lösen können;

(Thomas Oppermann [SPD]: Aber mit Steuer-senkungen doch wohl auch nicht!)

vielmehr müssen diese Schulden auf einem langen Weg abgebaut werden. Entscheidend ist – das ist wie beim Marathonlauf –: Sie müssen anfangen, zu laufen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dieses Anfangen – zu laufen – war die Verabschiedung der Ertüchtigung der EFSF, der Sie ja zugestimmt haben. Da beginnt der Prozess der Entschuldung, der für die Staaten bedingt abläuft – das ist nicht wie bei den Euro-Bonds; da wäre es unbedingt –; das heißt, sie werden gezwungen, für Hilfsleistungen Gegenleistungen zu geben, nämlich ihre Ausgaben einzuschränken und ihre Wirtschaft zu ertüchtigen.

(Thomas Oppermann [SPD]: Sagen Sie mal was zum Rösler-Plan!)

Darauf kommt es an. Wenn das gelingt und dieser Weg Schritt für Schritt, Jahr um Jahr konsequent fortgesetzt wird – das ist die Aufgabe –, dann wird das Problem ge-

Dr. Hermann Otto Solms

- (A) löst werden und dann wird das Vertrauen der Märkte ganz schnell zurückkommen.

Einen schnellen, kurzfristigen Weg – das sage ich auch den Kritikern in den eigenen Reihen; Frank Schäffler war ja gerade noch da – gibt es nicht. Wer einen solchen Weg gehen will, der riskiert den schnellen Zusammenbruch der Märkte. Das würde eine weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise auslösen. Dieses Risiko darf man auf keinen Fall eingehen. Wir müssen den geordneten Weg des Abbaus der Schulden und der Stabilität der Finanzen in den europäischen Staaten gehen. Dann wird das Vertrauen der Märkte auch wieder zurückkehren.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Joachim Poß ist der nächste Redner für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Joachim Poß (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Kauder – er verlässt gerade den Saal –,

(Dr. Andreas Schockenhoff [CDU/CSU]:
Nein, das macht er nicht! – Holger Krestel
[FDP]: Fragen Sie sich mal, woran das liegt!)

- (B) Ihre Äußerung, dass Deutsch gesprochen wird, ist ein Beleg dieser Krise. Sie zeigt nämlich die Angst vor den Wählerinnen und Wählern. Aber was nützen Ihnen solche nationalen Töne, wenn Sie damit überhaupt keine europäische Lösung erreichen können?

(Beifall bei der SPD)

Was nützt Ihnen das?

Die totale Verengung des Blickfeldes auf die Innenpolitik ist das Kennzeichen dieser Koalition.

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Das betreibt die SPD!)

– Nein, nein. Das wird weltweit festgestellt: Es gibt eine totale Verengung auf die Innenpolitik. – Wer sich so verhält, wird dem Ausmaß dieser Krise nicht gerecht.

(Beifall bei der SPD)

Sie starten Angriffe auf die Opposition und wollen von der katastrophalen eigenen Situation ablenken; denn Sie in der Koalition stehen ja kurz vor dem Auseinanderbrechen.

(Patrick Döring [FDP]: Zerschlagen Sie sich mal nicht den Kopf!)

Wenn der Mitgliederentscheid in der FDP nicht so ausfällt, wie es Herr Rösler und die Führung gern hätten, was ist denn dann mit der Bundesrepublik Deutschland? Ist dieses Land, das wegen des Zustandes der Koalition schon jetzt nicht voll handlungsfähig ist, dann in der

- größten europäischen Krise gänzlich handlungsunfähig? (C)
Darum geht es auch.

(Dr. Barbara Hendricks [SPD]: Dann muss die FDP die Koalition verlassen!)

Bevor Sie gegen uns polemisieren, sollten Sie wirklich überlegen, wie Sie mit gemeinschaftlichem Handeln Beiträge leisten, diese Krise zu bewältigen. Dazu gab es in der heutigen Debatte viele kluge Anmerkungen, die ich aus Zeitgründen gar nicht wiederholen kann. Sie haben also überhaupt keinen Anlass, Herr Kauder, Herr Brüderle – auch die Kanzlerin –, solche Töne anzuschlagen. Das Spiel, das Sie jetzt spielen, gefährdet letzten Endes Hunderttausende von Arbeitsplätzen hier in der Bundesrepublik Deutschland. Das gefährdet eventuell die Zukunft der Euro-Zone. Darum geht es, wenn Sie sich nur noch parteitaktisch orientieren. Frau Merkel hat heute nicht erkennen lassen, dass sie gewillt ist, weiterzudenken und auch Türen zum Nachdenken zu öffnen. Sie hat wieder nur den Stabilitätskurs betont, den auch wir für richtig halten; aber er reicht nicht aus. Wo war denn die Wachstumskomponente? Das war ja quasi nur als Nachklapp dabei. Das reicht für die größte Volkswirtschaft in Europa und für die politische Führung dieses Landes lange nicht aus. Frau Merkel, Sie spielen mit den Interessen der deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, und darauf müssen wir hier hinweisen.

(Beifall bei der SPD)

Die Krise, mit der wir es zu tun haben, kennen Sie selbst, und es geht ja weiter. Die Menschen stellen sich die Frage, ob die Politik der Probleme noch Herr werden kann. Wir müssen alle aufpassen, dass die Staatsfinanzierungs- und Finanzkrise nicht zu einer Krise von staatlicher Legitimation und der Demokratie wird. Insoweit wäre es wichtig, dass auch Sie überlegen, wie es gerechter in diesem Lande zugehen kann, als das derzeit der Fall ist. Das gilt nicht nur für Griechenland, wo die Frage der Ungerechtigkeit mit Händen zu greifen ist, sondern auch für die Bundesrepublik Deutschland. Auch da vergeben Sie Tag für Tag Chancen, die Krise in richtiger Weise anzugehen.

Mich hat mit größter Sorge erfüllt, dass Frau Merkel hier schon wieder dieselben taktischen Spiele treibt und aus den letzten zwei Jahren nichts gelernt hat.

(Beifall bei der SPD – Erich G. Fritz [CDU/CSU]: Und Poß schwingt immer die gleichen Reden! – Gegenruf von der CDU/CSU: Stimmt!)

– Nein, diese Rede ist gerechtfertigt, weil von Frau Merkel keine neuen Signale kommen, und wenn, dann dienen diese Signale nur dem Selbstschutz. Sie tastet nicht die Unabhängigkeit der EZB an. Wie edel! Aber das ist ja ihr Selbstschutz. Deswegen schaut sie zu, wie die EZB jetzt handelt. Das ist nämlich der Hintergrund dieser Äußerung von Frau Merkel.

(Beifall bei der SPD – Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: Sehr wahr!)

Es besteht die Gefahr einer Politik der verbrannten Erde, in Europa wie auch bei Ihren eigenen Leuten, bei

Joachim Poß

- (A) Ihren Anhängern und in der eigenen Koalition. Die eigenen Leute wissen eben auch immer weniger, wofür Sie stehen, Frau Merkel, und was Ihre Überzeugungen sind. Unbestritten ist bei Ihnen die Stabilitätsunion, und darüber hinaus kommt von Ihnen überhaupt nichts mehr. Wenn Sie auf Helmut Kohl verweisen: Bei aller Kritik an Helmut Kohl glaube ich, dass sich Helmut Kohl in dieser Krise anders, angemessener verhalten hätte, als Sie das tun.

(Beifall bei der SPD)

Ein Letztes. Herr Kauder, Sie haben Gerhard Schröder angesprochen. Gerhard Schröder hat die Aktion damals gemacht, um das Aufkommen des Rechtsradikalismus hier in Europa zu bekämpfen. Dass das dringend notwendig ist, können wir in diesen Tagen beobachten.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächster Redner ist der Kollege Michael Meister für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Michael Meister (CDU/CSU):

- Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir stehen vor einer einmaligen Herausforderung in der Weltgeschichte: Das Problem, dass wir eine Währungsunion hatten, die in Turbulenzen kam, dass dabei Landesgrenzen überschritten wurden und dass es dabei keine Zentralregierung an der Spitze gab, ist noch nicht vorgekommen. Deshalb gibt es auch kein Drehbuch zur Bewältigung dieser Krise, und deshalb möchte ich zunächst seitens meiner Fraktion der Bundeskanzlerin und der Bundesregierung ein riesiges Kompliment dafür machen, dass wir uns bisher auf diesem Neuland so gut bewegt haben und dass wir einen klaren Plan haben, wie wir diese Krise bewältigen wollen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Es ist schon merkwürdig, Herr Steinmeier, dass Sie hier von Ihrem rot-grünen Expertentum sprechen. Rot-Grün ist nicht die Lösung, sondern eine wesentliche Ursache dieser Krise.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Griechenland ist unter Ihrer Zustimmung gegen jegliche ökonomische Vernunft beigetreten. Der Stabilitätspakt wurde von Gerhard Schröder, Frank-Walter Steinmeier und Hans Eichel gegen jegliche Vernunft aufgeweicht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die Deregulierung der Finanzmärkte, die in Spanien und Irland ins Elend geführt hat, wurde von der rot-grünen Regierung betrieben und befürwortet. Sie sind die Ursache, aber nicht die Lösung des Problems. Mit Ihren Behauptungen machen Sie hier reine Innenpolitik.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir stehen vor einem historischen Einschnitt, weil wir zum ersten Mal öffentlich darüber diskutieren, dass Staaten in Zukunft ein Risiko darstellen. Bisher wurde die Philosophie vertreten: Staaten sind immer solvent, Staaten zahlen immer ihre Schulden, und Staatsanleihen sind kein Risiko. Wir ändern das jetzt und kommen dazu, dass Märkte Staatsanleihen richtig bepreisen sollen. Damit beginnt eine neue Zeitrechnung. Wir müssen diesen Übergang vernünftig gestalten. Wir müssen aufpassen, dass wir bei dem Übergang von der alten zu der neuen Philosophie, die die richtige ist, nicht verunglücken. Deshalb ist es richtig, dass wir uns in Zukunft nicht mehr abhängig machen. Aber allen Rednern der linken Seite des Hauses sei gesagt: Unser Problem ist nicht die Abhängigkeit von Banken, unser Problem ist die Abhängigkeit von zu vielen Schulden. Deshalb brauchen wir eine andere Schuldenkultur. Wir brauchen weniger Schulden und damit weniger Abhängigkeit der Menschen. Das zu ändern, muss das Ziel unserer Politik sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

An der Stelle geht die Bundesregierung richtig voran. Wir sparen auf der Ausgabenseite – keine höheren Ausgaben –, und wir haben, was die Einnahmen betrifft, unsere Erwartungen für das nächste Jahr gesenkt. Dazu will ich sagen: Auch das zeugt von einer anderen Kultur. Unter Rot-Grün hatten Sie einen Finanzminister, der jeden seiner Haushalte auf Kante genäht und uns dann am Jahresende erklärt hat, dass es leider schiefgegangen ist und die Schulden gestiegen sind. Mir ist ein Finanzminister Wolfgang Schäuble, der am Anfang konservativ plant und dann seine Planungen positiv übertrifft, lieber als jemand, der uns erklären muss, dass es schiefgegangen ist. Deshalb machen wir weiter mit dieser richtigen Kultur.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Auf europäischer Ebene sollte man die möglichen Alternativen kennen und abwägen. Herr Kollege Poß hat eben kritisiert, wir würden zu viel Innenpolitik machen, und dann hat er eine innenpolitische Rede gehalten. Wir stehen klar zu Europa, wir wollen Europa. Wir stehen klar zum Euro, und wir wollen den Euro nicht nur dauerhaft, sondern wir wollen ihn auch als stabile Währung. Dafür treten wir ein. Dafür begeben wir uns nicht in innenpolitische Scharmützel, sondern wir stellen die richtigen Weichen für die Zukunft Europas und für die Zukunft eines stabilen Euro.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wie sehen denn die Alternativen aus? Wir glauben nicht, dass wir unter den jetzigen Rahmenbedingungen eine gemeinsame Haftung für die Schulden aller Mitgliedsländer verantworten können. Das setzt die falschen Anreize, weil dann diejenigen, die seit jeher das Schuldenmachen gewohnt waren, auch in Zukunft auf Kosten anderer leben werden. Deshalb würde das – da hat die Kanzlerin recht – die Krise nicht lösen. Das wäre eine Scheinlösung und würde die Krise über die Zeit ver-

Dr. Michael Meister

- (A) schlimmern. Deshalb Nein zu einer Haftungsgemeinschaft.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wenn ich einen stabilen Euro auf Dauer will, dann ist die absolute Grundlage dafür eine unabhängige Zentralbank. Wer das Postulat einer unabhängigen Zentralbank vertritt, der kann als Politik nicht andauernd Entscheidungen der Zentralbank kommentieren, kluge Aufforderungen an sie richten und dergleichen mehr tun.

(Petra Merkel [Berlin] [SPD]: Was sagt denn die Kanzlerin? Die sagt: Keine Notenpresse anwerfen!)

Wer Unabhängigkeit will, darf sie nicht nur fordern, sondern muss sie auch leben. Das heißt, Frau Merkel, wir müssen uns an der Stelle der Kommentare enthalten und akzeptieren, dass die Notenbank auf gesetzlich klar geregelter Grundlage ihre Aufgabe für einen dauerhaft stabilen Euro wahrnimmt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

An der Stelle will ich auch klar sagen: Ich verstehe nicht, was Herr Gysi formuliert hat. Er hat gesagt, dass, wenn die Zentralbank aktiv würde, das zu Armut führen würde. Das verstehe ich. Er hat aber auch gesagt, das wäre die weniger unsoziale Lösung. Ich aber bin der Meinung: Wenn die Zentralbank so massiv intervenieren würde und am Ende das die Lösung wäre, dann wäre das die unsozialste Lösung, die es gibt; denn die Menschen, die sich nicht wehren können, würden von der Inflation getroffen. Deshalb müssen wir auch dieses verhindern.

- (B)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Petra Merkel [Berlin] [SPD]: Wie denn?)

Was ich vom kommenden Freitag erwarte, ist Folgendes: dass wir eine klare Definition bekommen, wie die Integration der Wirtschafts- und Finanzpolitik in Europa ausschauen soll. Dabei muss nicht jeder das Gleiche tun. Wir wollen nicht die Kultur von 2 000 Jahren in Europa egalisieren, sondern wir wollen uns auf gemeinsame Ziele verständigen und diese dem Subsidiaritätsgedanken entsprechend umsetzen. Das Umsetzen muss aber beaufsichtigt werden – Stichwort: Monitoring –, und es muss geprüft werden, ob die Ziele erreicht werden. Ich hoffe, dass wir uns miteinander am kommenden Freitag auf einen solchen Satz von Vertragsänderungen klar und deutlich verständigen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Wir haben gelernt, dass es nicht reicht, sich inhaltlich einig zu sein. Wir müssen uns auch darüber im Klaren sein: Wie sieht der Fahrplan aus? Dieser Fahrplan muss im Verfahren unumstößlich eingehalten werden. Nur so können wir Vertrauen schaffen, das wir dringend brauchen, um langfristig an den Märkten tatsächlich wieder anleihefähig zu sein.

Ein kleiner Einschub, Herr Trittin. Sie haben erwähnt, dass sich die Italiener und Spanier momentan nicht die

hohen Zinsen leisten können. Ich halte dieses Argument für absolut unsinnig. (C)

(Beifall des Abg. Klaus-Peter Willsch [CDU/CSU])

Wichtig ist, dass wir dauerhaft langfristige Stabilität erreichen. Wenn einer einmal einen Tag ein bisschen höhere Zinsen zahlt, ist das doch kein Problem. Die Frage ist, wo der Zinssatz dauerhaft liegt. Deshalb müssen wir uns um nachhaltige Stabilität bemühen. Kurzfristige Aktivitäten helfen nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Ernst Hinsken [CDU/CSU]: Das hat Trittin noch nicht kapiert!)

Ich würde mir wünschen – schon seit zwei Jahren –, dass die Europäische Kommission an dieser Stelle eine viel stärkere Rolle spielt und in diesem Sinne aktiv wird. Ich bedauere, dass wir von dieser Stelle sehr oft Vorschläge hören, die eigentlich nicht dem klaren Kurs für mehr Stabilität und mehr gemeinsame europäische Zukunft entsprechen. Ich habe hier den Wunsch, dass wir nicht nur auf unsere Bundeskanzlerin blicken, sondern vielleicht auch eine etwas stärkere, richtigere Rolle der EU-Kommission einfordern.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Man möge mir nachsehen, dass ich kein Mitglied der Exekutive, sondern Parlamentarier bin. Ich möchte, dass das stärker integrierte Europa auch ein demokratisches Europa ist. Wir haben darum gekämpft, dass es bei allen Maßnahmen, die wir zur Stützung der Währung und der Gemeinschaft eingeleitet haben, eine starke Beteiligung des Deutschen Bundestages gab. Wenn wir Europa stärker integrieren, müssen wir jetzt auch darum kämpfen, dass Parlamente und Abgeordnete eine demokratische Legitimierung und Kontrolle der neuen Prozesse sicherstellen können, und zwar nicht nur mit Blick auf Karlsruhe, sondern mit Blick darauf, dass das Ganze, was wir tun, Akzeptanz in der Bevölkerung unseres Landes finden muss. (D)

In diesem Sinne hoffe ich, dass unsere Bundeskanzlerin am kommenden Freitag erfolgreich ist, nicht nur für die Regierung und die Koalition, sondern für Deutschland und eine gute Zukunft Europas.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort hat nun Stefan Müller für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Stefan Müller (Erlangen) (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, es schadet nicht, wenn man diese Debatte nach einer Regierungserklärung auch einmal dazu nutzt, darauf hinzuweisen, dass es beim Euro – bei allem, über

Stefan Müller (Erlangen)

- (A) das wir im Augenblick im Zusammenhang mit dem Euro diskutieren – nicht nur um unsere gemeinsame Währung geht, sondern um ein ganz zentrales Projekt der europäischen Integration. Von den Römischen Verträgen bis zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und zur Europäischen Union, vom einheitlichen Binnenmarkt bis zu dieser gemeinsamen Währung ist die europäische Integration eine Erfolgsgeschichte, auf die wir alle, die in diesem Haus einen Beitrag dazu geleistet haben, zu Recht stolz sein können.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Die europäische Integration hat sich auch deswegen als Erfolgsgeschichte erwiesen, weil sie die Grundlage dafür war, diesen alten Kontinent neu zu ordnen. Wenn die europäische Integration früher die Antwort auf die Geschichte war, auf das, was über Jahrhunderte auf diesem Kontinent passiert ist, dann muss man heute feststellen, dass die europäische Integration die Antwort auf die Herausforderungen der Zukunft ist, die uns noch bevorstehen. Denn die aktuelle Krise zeigt, dass angesichts einer zunehmenden Zahl grenzüberschreitender Probleme die klassischen Nationalstaaten an ihre Grenzen stoßen. Wir nutzen die Euro-Krise, die Staatsschuldenkrise, zu Recht dazu, uns Gedanken zu machen: Was sind denn die Aufgaben der europäischen Ebene? Was müssen die Aufgaben der europäischen Ebene sein? Was sind Aufgaben, die die Mitgliedstaaten auch in Zukunft alleine lösen können?

- (B) Die wirtschaftliche und politische Globalisierung zwingt geradezu zu mehr Zusammenarbeit und stellt uns vor die Frage, wie wir Wohlstand und soziale Sicherheit auch in Zukunft aufrechterhalten können. Sie stellt uns auch vor die Frage, ob wir in Europa, damit auch Deutschland, einfach nur einen Sitzplatz auf der Tribüne haben oder ein aktiver Mitspieler in der internationalen Politik sein wollen.

Ein Blick in die Geschichtsbücher zeigt, dass die europäische Integration immer wieder vor neue Herausforderungen gestellt worden ist. Es ist in der Vergangenheit immer gelungen, diese Herausforderungen, diese Krisen zu bewältigen. Es ist in der Vergangenheit immer dann am besten gelungen, wenn Deutschland als größtes Mitgliedsland die Impulse gesetzt hat. Deswegen bin ich davon überzeugt, dass wir auch diese Krise meistern können, weil Deutschland vorangeht, weil Deutschland gemeinsam mit Frankreich Impulse setzt und weil diese Bundesregierung an dieser Stelle Verantwortung zeigt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Es ist darauf hingewiesen worden: Bei dieser Krise geht es eben nicht um eine Krise des Euro. Es ist keine Euro-Krise, sondern es ist eine Staatsschuldenkrise. Diese Staatsschuldenkrise ist nicht einfach so über Nacht entstanden, sondern sie ist über Jahrzehnte entstanden, weil alle Euro-Länder über Jahrzehnte mehr Geld ausgegeben haben, als sie vorher eingenommen hatten, und weil die Defizite mit immer neuen Schulden finanziert

- worden sind. Erst dadurch ist die Abhängigkeit von Investoren und den Finanzmärkten entstanden. (C)

Genauso wenig wie die Staatsschuldenkrise über Nacht entstanden ist, genauso wenig lässt sie sich von einem Tag auf den anderen lösen. Damit befassen wir uns seit nunmehr fast zwei Jahren. Wir sorgen auf der einen Seite dafür, dass die Länder, die Hilfe brauchen, auch Hilfe bekommen – wir haben gemeinsam Hilfspakete geschnürt und Rettungsschirme aufgespannt –, auf der anderen Seite müssen wir dafür sorgen, dass die Grundprobleme, die überhaupt erst zu dieser Staatsschuldenkrise geführt haben, beseitigt werden. Das Grundproblem dieser Krise ist nun einmal die zu hohe Staatsverschuldung. Ein weiteres Grundproblem ist das mangelnde Vertrauen der Finanzmärkte und der Investoren, auf deren Geld wir angewiesen sind, um unseren Staat aufrechtzuerhalten. Dieses Vertrauen ist verloren gegangen.

Mit den Hilfsmaßnahmen, die wir auf den Weg gebracht haben, stellen wir die Zahlungsfähigkeit der Krisenländer sicher – das ist richtig –, aber wir leisten mit den Hilfsmaßnahmen noch sehr viel mehr: Wir verhindern damit eine flächendeckende Ansteckung anderer Länder. Wir sorgen mit unseren Maßnahmen dafür, dass dem Ausfall eines Landes nicht der Ausfall mehrerer Länder nachfolgt und dass am Ende – wir sprechen von Staatsinsolvenzen – die Euro-Zone insgesamt nicht auseinanderbricht. Gerade das ist in deutschem Interesse, und deswegen übernimmt Deutschland Verantwortung.

(Beifall bei der CDU/CSU)

- Wir tun ein Weiteres: Wir stellen nicht nur die Zahlungsfähigkeit der Krisenländer sicher und verhindern nicht nur eine flächendeckende Ansteckung, sondern wir sorgen auch dafür, dass das europäische Bankensystem nicht zusammenbricht. Vor wenigen Jahren standen wir vor der Situation, dass Banken kurz vor dem Zusammenbruch waren. Wir waren uns weitgehend darüber einig, was das für Deutschland bedeuten würde. Nur, eines muss deutlich gemacht werden: Wir retten nicht die Banken, wir retten nicht Organisationen, sondern wir retten die Spareinlagen der Anleger und Kunden der Banken. Auch deswegen übernimmt Deutschland Verantwortung. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Krisenbewältigung kann nur gelingen, wenn wir das verlorengegangene Vertrauen der Finanzmärkte zurückgewinnen. Es geht nicht um Spekulanten und Zocker, sondern es geht in erster Linie um Institutionen, die Geld von Kleinanlegern einsammeln und dieses Geld international anlegen. Die Rückgewinnung dieses Vertrauens wird nur gelingen, wenn die Märkte und die Investoren von der Glaubwürdigkeit der Konsolidierungsprogramme überzeugt sind. Es wird nur gelingen, wenn sie davon überzeugt sind, dass die Haushaltspolitik solide und auch nachhaltig ist. Wir werden ferner das Vertrauen nur zurückgewinnen, wenn die Investoren von der Wettbewerbsfähigkeit der Euro-Zone überzeugt sind.

Zur Rückgewinnung dieses Vertrauens gehört, dass die europäische Ebene Überwachungsrechte bekommen muss, dass es Durchgriffsrechte, Sanktionsrechte und ein Klagerecht vor dem Europäischen Gerichtshof geben

Stefan Müller (Erlangen)

- (A) muss. Es ist überhaupt nicht einzusehen, warum bei allerlei Vertragsverletzungen Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof eingeleitet werden können, aber wenn es darum geht, solide Finanzen zu gewährleisten, ein Vertragsverletzungsverfahren vor dem EuGH verwehrt ist. Deswegen muss man an dieser Stelle etwas verändern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Das Vertrauen werden wir dann zurückgewinnen, wenn auch andere Länder dem deutschen Beispiel folgen und eine Schuldenbremse verfassungsrechtlich verankern. Das Ziel ist nicht, einfach nur weniger Schulden zu machen, sondern das Ziel ist, irgendwann keine Schulden mehr aufzunehmen, und das Ziel ist, irgendwann von den Schulden wieder etwas zurückzubezahlen. Deswegen muss Schluss sein mit der Verschuldungskultur der vergangenen Jahrzehnte. Wir brauchen eine europäische Stabilitätskultur.

Dazu werden Euro-Bonds nicht wirklich einen Beitrag leisten können. Um es noch einmal deutlich zu sagen: Euro-Bonds lösen für Europa kein Problem. Euro-Bonds würden aber für Deutschland neue Probleme schaffen. Sie würden den Konsolidierungsdruck auf die Länder der Euro-Zone eher vermindern. Im Ernstfall würde das auch die Finanzkraft Deutschlands übersteigen, und es würde zu einer gesamtschuldnerischen Haftung führen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, eines geht nicht: dass in Europa alle feiern bis zum Umfallen und Deutschland die Zeche bezahlt. Da werden wir nicht mitmachen. Deswegen lehnen wir diese gesamtschuldnerische Haftung ab.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Petra Merkel [Berlin] [SPD]: Das ist typisch! Das sind die Sprüche, die Europa wirklich gebraucht hat!)

Die Staats- und Regierungschefs werden Ende nächster Woche über weitere Schritte entscheiden. Frau Bundeskanzlerin, wir haben volles Vertrauen in Sie. Sie haben unsere Unterstützung bei Ihrer harten Haltung gegen Gemeinschaftsanleihen und bei der Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank. Wir sind auf dem richtigen Weg, um den Euro, diese gemeinsame Währung, wieder zu stabilisieren.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Als letztem Redner in dieser Debatte erteile ich Kollegen Andreas Schockenhoff für die CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Andreas Schockenhoff (CDU/CSU):

Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will zum Schluss der Debatte etwas zum Thema Erweiterung sagen. Die Bilder, die uns seit Tagen aus Nordkosovo über Unruhen, Barrikaden und verletzte

NATO-Soldaten erreichen – zuletzt 19 Bundeswehrosoldaten einschließlich des Kommandeurs –, zeigen beispielhaft, welche Herausforderungen auf dem Weg, die Situation im gesamten westlichen Balkan zu stabilisieren, noch vor uns liegen. Wir werden dieses Ziel mit Entschiedenheit und Geduld erreichen, wenn wir aus den Fehlern der Vergangenheit lernen. Das beste Beispiel dafür ist Kroatien. Der Beitrittsvertrag mit Kroatien wird beim EU-Gipfel unterzeichnet werden. Das macht deutlich, dass die Westbalkanländer die Standards der EU erfüllen können, das heißt insbesondere Rechtsstaatlichkeit, eine funktionierende Justiz, Pressefreiheit usw.

Unter diesen Voraussetzungen liegt die Integration weiterer Staaten des westlichen Balkans in europäische Strukturen in unserem Interesse, wenn dies zu einem Mehrwert für die Stabilität der Europäischen Union führt und wenn zum anderen die Handlungsfähigkeit der EU nicht beeinträchtigt wird. Das sind zwei unverzichtbare Voraussetzungen.

Aber wir müssen auch sehen: Es gibt eine klare Erweiterungsmüdigkeit und gar den Ruf: „Nach Kroatien ist Schluss mit der Erweiterung!“ Dass wir heute diese Skepsis, diese Ablehnungshaltung haben, hat viel mit drei krassen europapolitischen Fehlentscheidungen von Rot-Grün zu tun.

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Ach! – Petra Merkel [Berlin] [SPD]: Jetzt kommt die Leier wieder!)

– Ja, leider muss man das immer wieder sagen.

Erstens war die Erweiterung der Euro-Zone um Griechenland die falsche Entscheidung.

(Joachim Poß [SPD]: Das hat doch Rot-Grün nicht entschieden! – Petra Merkel [Berlin] [SPD]: Das hat das Europäische Parlament beschlossen! So ein Quatsch!)

Ja, diese Fehlentscheidung, die wir damals bekämpft haben, hat viel mit der Erweiterungsmüdigkeit zu tun. Die Menschen sagen doch: Nun kümmert euch erst einmal um den Euro, und denkt nicht schon wieder an die nächste Erweiterung! Das hat etwas mit dieser krassen Fehlentscheidung zu tun.

(Joachim Poß [SPD]: Die hat aber nicht Rot-Grün getroffen! – Petra Merkel [Berlin] [SPD]: Sondern das Europäische Parlament!)

– Wie bitte? Wer war denn damals gegen die Aufnahme Griechenlands? Natürlich hat Rot-Grün das im Rat in Brüssel und hier im Deutschen Bundestag durchgesetzt, und jetzt wollen Sie sich einen schlanken Fuß machen, indem Sie sagen, Sie haben nichts damit zu tun. So kurz ist das Gedächtnis bei Ihnen inzwischen geworden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Christian Lange [Backnang] [SPD]: Die CDU-Abgeordneten haben doch zugestimmt im Europäischen Parlament! Erzählen Sie einmal den Leuten, warum die CDU-Abgeordneten im Europäischen Parla-

Dr. Andreas Schockenhoff

- (A) ment zugestimmt haben! Erklären Sie das einmal!)

Zweitens war die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei eine falsche Entscheidung.

(Beifall des Abg. Klaus-Peter Willsch [CDU/CSU])

Heute sehen wir, dass wir in derselben Zeit, in der wir mit Kroatien 35 Verhandlungskapitel abgeschlossen haben, mit der Türkei nur ein einziges Kapitel vorläufig beenden konnten. Der Fehler war, dass Rot-Grün nicht sehen wollte, dass die Türkei wichtige Kriterien des EU-Vertrages nicht erfüllen kann oder nicht erfüllen will. Klar war das aber schon damals.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Jetzt stehen wir vor dem Dilemma, dass die Türkei ab Juli nächsten Jahres, wenn Zypern die EU-Präsidentschaft übernimmt, den Verhandlungsraum verlassen wird; so jedenfalls hat es Präsident Erdogan angekündigt. Das aber wird zu einer massiven Entfremdung in unserem Verhältnis zur Türkei führen. Das kann in einer Situation, in der wir aufgrund von Entwicklungen im nördlichen Afrika, im Nahen Osten, aber auch mit Blick auf den Iran eine deutlich engere und abgestimmte Zusammenarbeit mit der Türkei brauchen, nun wirklich nicht in unserem Interesse sein.

(Petra Merkel [Berlin] [SPD]: Dann müssen Sie einmal etwas dafür tun!)

- (B) Drittens hat die verfrühte Aufnahme von Bulgarien und Rumänien, die von Rot-Grün damals durchgedrückt wurde, zu einem grundsätzlichen Misstrauen geführt, ob die Länder dieser Region die Standards insbesondere im Rechtsstaatsbereich überhaupt erfüllen wollen und ob die EU ihnen das abverlangt, ehe sie beitreten. Dieses Misstrauen muss ausgeräumt werden.

(Joachim Poß [SPD]: Hatte Kohl das nicht versprochen? Bulgarien und Rumänien! – Christian Lange [Backnang] [SPD]: Das war Helmut Kohl!)

Ich halte jede Diskussion über einen Schengen-Status für Bulgarien und Rumänien für völlig verfrüht. Ehe die Rechtsstaatssituation in diesen beiden Ländern nicht wesentlich besser geworden ist, kann es keinen Schengen-Status und auch keinen Schengen-Teilstatus für diese Länder geben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Joachim Poß [SPD]: War das nicht ein Versprechen von Helmut Kohl?)

Deshalb ist es gut, dass ab sofort die Beitrittsverhandlungen mit künftigen Mitgliedsländern wie beispielsweise Montenegro nicht erst mit den einfacheren Kapiteln, sondern mit den schwierigsten Kapiteln begonnen werden, nämlich mit den Fragen der Rechtsstaatlichkeit und des Justizsystems. Zudem haben wir gestern Abend beschlossen, dass diese Kapitel bis zum Ende der Verhandlungen nicht geschlossen werden und dass keine

neuen Kapitel geöffnet werden, ehe nicht grundlegende Voraussetzungen im Bereich von Rechtsstaatlichkeit und Justiz geschaffen wurden. Das sind wichtige Lehren und Konsequenzen aus den Fehlern der Vergangenheit. (C)

Ein Wort zu Serbien: Wir sind entschieden dagegen, dass Serbien jetzt den Kandidatenstatus erhält. Jeder weiß, dass Belgrad erheblichen Einfluss auf die Serben in Nordkosovo hat. Wir kennen die deutlichen Appelle von Präsident Tadic an die Serben dort, die Gewalt zu beenden und die Barrieren abzubauen, aber wir müssen feststellen, dass dies nicht geschieht, dass sich die Situation sogar zuspitzt.

Ein Zweites. Im Februar 2008 wurde im Zusammenhang mit der Anerkennung des Kosovo ein Brandanschlag auf die deutsche Botschaft verübt. Bis heute, also fast vier Jahre danach, ist dieser Vorgang nicht aufgeklärt, gibt es keine Gerichtsverfahren oder gar Urteile. Das können wir als Deutscher Bundestag nicht ignorieren.

Wenn nicht einmal grundlegende rechtsstaatliche Verpflichtungen eingehalten werden, dann können wir einem Land doch nicht einen Kandidatenstatus geben. Das ist nicht nur eine Frage unserer Glaubwürdigkeit, sondern auch eine Frage, wie weit wir in der Bevölkerung Akzeptanz für eine verantwortliche Erweiterungspolitik gewinnen.

Ich sage abschließend für meine Fraktion: Ja zur Unterzeichnung des Beitrittsvertrages mit Kroatien, Nein zu einem Schengen-Status für Rumänien und Bulgarien, ehe dort nicht die rechtsstaatlichen Bedingungen erfüllt sind, Ja zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Montenegro unter den gestern beschlossenen Voraussetzungen und Nein zu einem Kandidatenstatus für Serbien zum jetzigen Zeitpunkt. (D)

Ich wünsche der Bundesregierung beim Europäischen Rat viel Erfolg.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über die Entschließungsanträge der Fraktion Die Linke. Entschließungsantrag auf Drucksache 17/8017. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen von vier Fraktionen gegen die Stimmen der Linken abgelehnt.

Entschließungsantrag auf Drucksache 17/8018. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mit den gleichen Mehrheitsverhältnissen wie zuvor abgelehnt.

